P R O T O K O L L

über die 29. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Montag, 18. Oktober 1982, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:
Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:
Karl Fritsch

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Karl Feuerhuber
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Heumann
Karl Hochrather
Karl Holub
Dr. Kurt Keiler
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Ottilie Liebl
Johann Manetsgruber
Winfried Mausz
Franz Mayr
Rudolf Pimsl
Josef Radler
Friedrich Reisner
Franz Rohrauer
Erich Sablik
Herbert Schwarz
Ernst Seidl
Rudolf Steinmassl
Franz Steinparzer
Otto Treml
Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Dr. Franz Knapp
Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat
Alfred Eckl
Oberamtsrat Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
OAR Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung von zwei neuen Gemeinderäten

Nachwahl von zwei Mitgliedern des Stadtsenates und Angelobung derselben

Mitteilungen des Bürgermeisters

Behandlung von allfälligen Anfragen

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Ges-5295/82	Ehrentafel für die Ehrenbürger der Stadt Steyr.
K-4055/82	Zentralbücherei Zweigstelle Resthof; Ausstattung.
Forst-3111/79	Aufforstung Resthofwald.
GHJ2-1956/81	Sportplatz Taborschule - Kunststoffbelagsarbeiten; Mehrkosten; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 11. 2. 1982.
GHJ2-5341/82	Bodenbelagsarbeiten im Umkleideraum Sportplatz Rennbahn.
Ha-5310/76	Binder Günther und Christine, Dieselstraße 31/10, Steyr; Verlustersatz an die GWG der Stadt Steyr.
GHJ1-5520/82	Ankauf einer Offsetdruckmaschine A 4 (Ersatzbeschaffung).
Bau3-3956/81	Aufschließung Fellinger-Siedlung - Straßenbau; Nachtragsanbot; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 1. 4. 1982.
Wa-826/78	Schemelwehr bei der Großen Falle, Wehrgraben; Schadensbehebung.
Wa-2475/82	Erhaltung von Uferschutzbauten; Interessentenbeitrag 1982.
Bau4-5501/81	Belagsanierung Schönauerbrücke; Sanierungsänderung; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 3. 6. 1982.

Verhandlungsgegenstände:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

1) Präs-886/82	Veränderungen in der Zusammensetzung der Gemeinderatsausschüsse und der gemeinderätlichen Personalkommission.
2) Präs-878/82 Präs-879/82	Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Stadtrat Rudolf Fürst und Stadtrat Anna Kaltenbrunner.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

3) K-13/77	Kirchliche Ensemble in Steyr; Kostenbeteiligung der Stadt zu Renovierungsmaßnahmen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

4) SH-3788/82 — Ausspeisungsbeiträge in städtischen Kindertagesheimstätten und Horten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

5) ÖAG-4004/82 — Ankauf der Grundstücke 359/1 Wiese und 359/5 Schottergrube und Wiese von Alois und Adelheid Gruber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

6) ÖAG-3220/81 Stadtwerke — Tarife der städtischen Verkehrsbetriebe; Änderung im Wortlaut.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

7) Bau2-5800/81 — Bebauungsplan "Gleink" Nr. 40; Änderung.

8) Bau2-5510/82 — Verhängung einer Bausperre Nr. 5 zur Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 39 "Stadlmayrgründe".

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

9) Bau4-1647/80 — Rohrsteg Münichholz; Wasserverband Region Steyr - Landesförderung.

10) Ha-2556/82 — Fremdenverkehrsverband Steyr; Gewährung der Subventionsrate für das 3. Quartal 1982.

11) Bau5-130/79 — Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch GesmbH; Reihenhäuser Klingschmiedgasse; Kanalanschlußgebühr.

12) Bau3-1400/81 — Zufahrtsstraße Tierkörperverwertung, Weindl und Hajek; Asphaltierung.

13) Bau3-1501/72 — Baulos Märzenkellerumfahrung; Eisenstraße km 20,68 bis km 22,53; Kostenbeitrag der Stadt Steyr - 3. Teilzahlung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der Beamtenschaft, der Presse und Besucher!
Ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates, wozu Ihnen die Unterlagen zeitgerecht und ordnungsgemäß zugestellt wurden. Die Einberufung ist einwandfrei erfolgt, die Beschlußfähigkeit ist durch die Anwesenheit gesichert. Für die Protokollprüfung für die heutige Sitzung werden die Herren Gemeinderäte Heumann und Schwarz vorgeschlagen. Ich sehe, daß beide Herren zustimmen.
Wir kommen zum Ablauf der Tagesordnung zur Angelobung von zwei neuen Gemeinderatsmitgliedern. Meine Damen und Herren, Ihnen ist bekannt, daß die bisherigen Mitglieder des Stadtsenates, Frau Anna Kaltenbrunner und Herr Rudolf Fürst, schon vor einiger Zeit ihr Ausscheiden aus dem Gemeinderat auf Grund ihres Lebensalters schriftlich eingereicht haben. Wir haben das pflichtgemäß der sozialistischen Partei, der beide angehören, weitergemeldet und die sozialistische Partei hat zwei neue Mitglieder nominiert. Und zwar die Listennächsten in der Reihung der sozialistischen Fraktion, Herrn Dr. Kurt Keiler und Franz Rohrauer, die ich heute beide eingeladen habe. Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, ist es notwendig, beide anzugeloben, damit sie vollberechtigte und voll verpflichtete Mitglieder des Gemeinderates bei der Behandlung der weiteren Tagesordnungspunkte sind. Ich bitte Sie daher, sich bei der Angelobung von den Plätzen zu erheben, um die Angelobungsformel zu verlesen. Diese lautet:
"Ich gelobe, die Bundes- und Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, die Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."
Wenn Sie es wünschen, ist bei der Angelobung, die Sie mir mit den Worten "ich gelobe" bestätigen wollen, auch eine religiöse Beteuerung zulässig.
Herr Dr. Keiler ich bitte Sie, sich zur Angelobungsformel zu äußern und mit den Worten "ich gelobe" das Gelöbnis abzulegen.

DR. KURT KEILER:
"Ich gelobe".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke.
Herr Franz Rohrauer, ich bitte auch Sie, mit den Worten "ich gelobe" das Gelöbnis abzulegen.

FRANZ ROHRAUER:
"Ich gelobe".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Bitte nehmen Sie wieder Platz.
Ich darf die beiden Mitglieder in diesem Kreis begrüßen. Sie werden mit allen Rechten aber auch mit allen Pflichten vertraut werden und ich bin überzeugt, daß die beiden Herren im Gemeinderat eine wertvolle Ergänzung sind, wobei ich noch gesondert dazu kommen werde - ein eigener Tagesordnungspunkt wird das noch vorsehen - den Ausgeschiedenen einige Worte zu widmen.
Meine Damen und Herren, auf Grund der schon vorher erwähnten Ereignisse ist es erforderlich, aus dem Kreis des Gemeinderates auch zwei neue Mitglieder des Stadtsenates zu wählen. Gemäß Statut § 27 Abs. 4 ist die Nachwahl mit Erheben der Hand durchzuführen und ausschließlich von der entsendenden Partei, das heißt in diesem Fall von den Gemeinderäten der sozialistischen Fraktion, vorzunehmen. Auf Grund der Vorschläge der sozialistischen Partei handelt es sich um Frau Gemeinderat Ingrid Ehrenhuber und Herrn Gemeinderat Karl Feuerhuber. Der Wahl-

vorschlag, der von der SPÖ eingelangt ist, trägt die nötigen Unterschriften und ist daher gültig.
Ich bitte nun gemäß Statut, die Wahl abzuwickeln. Als Vorsitzender der Gemeinderatsitzung obliegt es mir nun, Sie aufzufordern, wenn Sie Frau Ingrid Ehrenhuber das Vertrauen geben, als künftiger Stadtrat zu fungieren, und wenn Sie Herrn Karl Feuerhuber das Vertrauen geben, künftighin wirksam in unserem Kreis zu arbeiten, dann bitte ich die Mitglieder der sozialistischen Fraktion, durch Erheben der Hand das zu bekräftigen. Danke. Eine Gegenprobe erübrigt sich. Enthaltungen? Zwei Enthaltungen - diese werden von den beiden Gewählten angezeigt.
Damit darf ich die beiden als neugewählte Stadträte der Stadt Steyr begrüßen.
Die Aufgaben werden in erhöhtem Maß wie bisher zu vertreten sein und es wird sich noch die Gelegenheit schicken, in der nächsten Sitzung des Stadtsenates, Ihnen die entsprechenden Aufgaben und Befugnisse zuzumitteln. Ich darf auch schon vorweg erklären, daß mit der Neuwahl der beiden Stadtsenatsmitglieder auch eine Umverteilung der Ressorts erfolgen wird, die hier notwendig wird. Der Stadtsenat wird von mir die nötigen Anträge vorgelegt bekommen.
Ich habe versehentlich die Entschuldigungen für die heutige Sitzung nicht ausgesprochen. Vizebürgermeister Schwarz ist bereits am Samstag aus Spitalsbehandlung entlassen worden. Er hat mich heute aufgesucht und mir aufgetragen, Ihnen die besten Grüße zu übermitteln. Er befindet sich auf dem Wege der Besserung und wird am "Tag der offenen Tür" seinen Dienst wieder aufnehmen. Gemeinderat Schuster befindet sich meines Wissens nach noch in Spitalsbehandlung. Ich höre gerade, er ist bereits entlassen. Jedenfalls war er längere Zeit hindurch infolge eines Unfalles an das Spitalsbett gefesselt. Wir übermitteln ihm die besten Genesungswünsche.
Ich hätte beinahe eine ganz wichtige Formel unterlassen. Wir haben zwar die Wahl der Stadträte durchgeführt, wir müssen sie aber auch, um sie streng an Rechte und Pflichten zu binden, angeloben gemäß Statut.
Ich komme nun zur Angelobung der neuen Stadträte und bitte Sie neuerdings, meine Damen und Herren, sich von den Plätzen zu erheben.
Frau Stadtrat Ehrenhuber, ich bitte Sie, mit der Verlesung der Gelöbnisformel, die Sie in Händen haben, mir das Gelöbnis abzulegen, im Dienste der Stadt und ihrer Bürger zu wirken.

INGRID EHRENHUBER:
"Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen."

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für das Gelöbnis. Herr Stadtrat Feuerhuber, ich bitte Sie, Ihrerseits das Gelöbnis zu sprechen.

KARL FEUERHUBER:
"Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Auch Ihnen beiden wünsche ich viel Erfolg bei Ihrer neuen Tätigkeit.
Meine Damen und Herren ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen.
Zu meinen Mitteilungen darf ich eingangs darauf verweisen, daß die Einladungen bereits draußen sind über den "Tag der offenen Tür". Sie sind bereits informiert, das Amtsblatt schreibt darüber, daß am kommenden Samstag, 23. Oktober, die Stadt sich der Öffentlichkeit präsentiert, die Pforten öffnet und sich in einer Art Leistungsschau der Öffentlichkeit zeigt. In diesem Zusammenhang ist auch die Er-

öffnung des Lauberleitenweges vorgesehen. Eine eigene Eröffnung des Münichholzsteges wird nicht durchgeführt, sondern wird in Verbindung mit der Wegeröffnung möglich sein. Bereits am kommenden Donnerstag - auch dazu lade ich Sie herzlich ein - wird um 15 Uhr der Untere Schiffweg seiner Bestimmung übergeben. Hier wird sich der Gemeinderat am Beginn des Schiffweges, flußaufwärts gesehen, treffen. Wir werden dann gemeinsam den Weg in Richtung Garsten antreten und in der Nähe der Stadtgrenze werden wir uns mit den Gemeindevertretern von Garsten treffen und dort in einer entsprechenden Form die gemeinsame Nutzung des Schiffweges durchführen bzw. der Öffentlichkeit zur Nutzung überlassen.
Die üblichen Berichte über die Wirtschaftslage und Arbeitsmarktlage sind diesmal leider nicht so wie früher. Es ist feststellbar, daß im Arbeitsmarkt Bezirk Steyr, und das ist nicht nur die Stadt, sondern das ist der gesamte Bezirk einschließlich des Gemeindegebietes Grünburg, daß symptomatisch ein Anstieg der Arbeitslosenziffer um etwa 20 % von Juli auf September vermerkbar ist. Die Zahl der Arbeitssuchenden beträgt 1.233 im September auf Grund des Berichtes, die offenen Stellen sind 96. Zum Unterschied von früheren Berichten ist gegenwärtig gerade die Metallwirtschaft mit Sorge erfüllt. Hier gibt es betriebsweise Differenzen in der Beschäftigungsauslastung. Die Unterbringungsmöglichkeiten sind sehr gering geworden. In der Bauwirtschaft ist dank der öffentlichen Aufträge durch die Gemeinde, insbesondere im Tiefbau, einigermaßen eine zufriedenstellende Situation, wenngleich der Hochbau sehr stark unter Auftragsmangel leidet und unmittelbar die alljährlich eintretende Saisonarbeitslosigkeit zu befürchten ist.
Darüber hinaus möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, zu einem Tagesordnungspunkt, der im Anschluß noch ordnungsgemäß zur Behandlung steht, es wurde mir zum Projekt Möbel Leiner in Steyr, ein Schreiben, unterfertigt von 23 Wirtschaftstreibenden, übersendet und ich darf annehmen, daß alle Mitglieder des Gemeinderates ebenso im Besitz dieses Schreibens sind. Ich muß das ordnungsgemäß zur Kenntnis bringen, wenn es gewünscht wird, ist natürlich beim Tagesordnungspunkt selbst die Verlesung dieses Briefes jederzeit möglich.
Gleichzeitig liegt mir ein Brief der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter vor, wo gegenteilig gerade Bauvorhaben im Hochbau besonders gefordert werden, um die zu befürchtende Arbeitslosigkeit im Winter und in der Folgezeit einigermaßen in Grenzen zu halten.
Eine weitere Mitteilung betrifft die öffentliche Übergabe des neuen Kriegerdenkmales. Ich glaube, 18 Jahre wird um dieses Projekt schon herumgehandelt, nun ist es so weit. Auf Grund Ihrer Entscheidungen werden dafür nahezu 2 Millionen Schilling aufgewendet. Am Dienstag, am Allerseelentagum 10 Uhr, wird hier eine feierliche Einweihung im Zuge einer militärischen Totengedenkfeier durchgeführt. Es werden Bundesheer und Stadtkapelle mitwirken. Die Einladungen und die Tagesordnung dazu gehen Ihnen noch zeitgerecht zu.
Meine Damen und Herren, abschließend noch eine Mitteilung, die mich auch nicht gerade mit Freude erfüllt. Eine sehr zur Vorsicht gemahnende Entwicklung in der GWG hat mich veranlaßt, das Kontrollamt zu beauftragen, eine Überprüfung der GWG in jenem Bereich durchzuführen, wo es sich um die Mietenrückstände handelt. Soweit das Kontrollamt des Magistrates Steyr dazu überhaupt eine Kompetenz besitzt und ermächtigt ist. Bekanntlicherweise ist die GWG der Stadt Steyr 100 % im Eigentum der Stadt Steyr, eine private Gesellschaft nach dem Gesellschaftsrecht, nach dem GesmbH-Recht. Der Bürgermeister ist hier Vertreter des Eigentümers , also der Stadtgemeinde, der Stadtsenat ist, augenommen Bürgermeister und Vizebürgermeister Fritsch, der auch ein Gesellschafter ist, Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung wird von der Magistratsdirektion gestellt. Ich möchte daher darauf verweisen, daß die Mietenrückstände, die laut Geschäftsbericht 1981, am 31. Dezember, noch etwa 2,9 Millionen Schilling betragen haben, auf Grund eines von mir angeforderten Berichtes im September auf 4,3 Millionen Schilling angewachsen sind, daß etwa 2 Millionen an Stundungen erfolgt sind, wofür meines Wissens nach keine Beschlüsse vorhanden sind , bei den Baukostenzuschüssen. Und damit ein Ausstand von etwa

6 Millionen Schilling bei der GWG aufscheint. Um diese Dinge genau zu überprüfen, um Ihnen einen konkreten Bericht vorlegen zu können, ist das Kontrollamt beauftragt, hier tätig zu werden. Ich würde den Prüfungsausschuß des Gemeinderates dringend auffordern, in der gleichen Richtung die Ausschußtätigkeit zu entwickeln, damit auch von gemeinderätlicher Seite alles unternommen werden kann, um diese Situation zu überprüfen. Nicht nur die Wirkungen anzuerkennen, sondern vor allem die Ursachen zu ergründen. Das wäre meine Mitteilung zu diesem Punkt.
Abschließend darf ich mich hier stellvertretend für die Verursacher bei Ihnen allen entschuldigen, es ist nun das zweite Mal, daß die Zusendung von Protokollen der Gemeinderatsitzungen enorm über die Zeit hinaus erstreckt wurde. Zu meinem Leidwesen habe ich selbst festgestellt, daß das Protokoll der Sitzung vom Februar d. J. erst mit der Einladung zu dieser Sitzung gleichzeitig mit drei anderen GR-Protokollen versendet wurde. Ich habe daher die nötigen Schritte veranlaßt, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Es ist jedem, der in dieser Körperschaft tätig ist, nicht zumutbar, die Ergebnisse einer Sitzung so spät schriftlich vorgelegt zu bekommen. Wir werden daher die nötigen Maßnahmen im Rahmen der Magistratsdirektion treffen.
Schließlich und endlich möchte ich Ihnen auch sagen, daß wir gegenwärtig eine Kulturwoche Amstetten - Steyr in Steyr abhalten. Die Eröffnung der ersten Veranstaltung fand am Donnerstag statt. Es sind eine Reihe anderer Veranstaltungen im Beisein von offiziellen Vertretern der Stadt Amstetten in Steyr durchgeführt worden, so am Freitag abend ein Sängerkonzert im Alten Theater in Anwesenheit des Amstettener Bürgermeisters, so wie bei zwei Ausstellungen vorher auch. Es hat gestern, Sonntag, ein großes Konzert einer Amstettener Kapelle und der Steyrer Stadtkapelle im großen Theater stattgefunden. Bei allen Veranstaltungen war der Besuch nicht so, wie man es erwarten müßte. Besonders wurde dabei bedauert, und das kann ich auch nicht verschweigen, und kritisiert, daß von gemeinderätlicher Seite fast niemand diesen Veranstaltungen beigewohnt hat. Es waren am Freitag abend Herr Gemeinderat Holub und Herr Gemeinderat Mayr, Gemeinderat Enöckl und meine Person anwesend. Schwarz als Teilnehmer, damit habe ich nicht gerechnet, er ist bei den Sängern dabei, also hat er nicht in seiner Funktion als Gemeinderat mitgewirkt. Ich erwähne ihn aber gerne. Es war gestern das große Konzert im Stadttheater. Außer meiner Person habe ich noch Frau Stadtrat Ehrenhuber und Herren Gemeinderat Seidl bemerkt. Sonst war niemand anwesend. Meine Damen und Herren, ich würde empfehlen, im Zuge der eigenen Interessenverfolgung, den Veranstaltungen in Steyr doch etwas mehr Augenmerk beizumessen, denn - das sage ich jetzt nicht parteipolitisch, sondern das ist allgemeingültig, kommunalpolitisch - es scheint mir nicht zweckführend und zweckdienlich, sich vor Wahlen unbedingt schweißtreibend zu bewegen, sondern sechs Jahre hindurch dort und da auch eine Kulturveranstaltung zu besuchen. Das trifft besonders die Mitglieder des Kulturausschusses. Das wollte ich abschließend noch zur Kenntnis bringen.
Ich habe hier auch einen Bericht über BMW vorliegen und möchte mir aber den gegenwärtig noch ersparen. Er ist in einer Richtung erfreulich, in einer anderen Richtung etwas schwierig zu beurteilen, was die Finanzierungen betrifft.
Meine Damen und Herren, wir sind damit angelangt bei den Behandlungen von Anfragen. Hier ist von Frau Gemeinderat Liebl eine Eingabe eingelangt, die ich Ihnen pflichtgemäß zur Kenntnis bringe. Sie lautet: Begrüßenswerterweise wurde durch die Stadt Steyr ein mobiler Hauskrankenpflegedienst eingerichtet. Die Inanspruchnahme dieses Dienstes stößt fallweise auf Schwierigkeiten, sodaß die Einstellung einer weiteren Pflegekraft erwägenswert erscheint. Die Unterfertigte richtet daher gemäß § 11 Abs. 2 des Statutes in Entsprechung § 9 der Geschäftsordnung namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion die Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Steyr: "1. Zu welchen Zeiten steht der mobile Hauskrankenpflegedienst zur Verfügung? 2. Wie hoch ist die Auslastung dieses Dienstes. Ich ersuche um Beantwortung. Hochachtungsvoll - Unterschrift."

Ich habe mir erlaubt, die Beantwortung dieser Frage sachzuständigerweise Herrn Stadtrat Kinzelhofer zu übermitteln. Er wird dazu die Antwort geben.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Zur Anfrage der Frau Gemeinderat Liebl betreffs Hauskrankenpflege darf ich folgendes mitteilen:
Die mobile Hauskrankenpflege wird von Frau Diplomkrankenschwester Elfriede Leitner besorgt. Die Genannte ist eine vollbeschäftigte Kraft, sie steht von Montag bis Freitag zur Verfügung. Ihr Dienst beginnt an allen Tagen um 8 Uhr und endet Montag und Dienstag jeweils um 16.30 Uhr und Mittwoch und Donnerstag endet er um 16 Uhr. Zu Punkt 2) die mobile Krankenpflege ist nach wie vor nicht ausgelastet. Es sind 16 Fälle, die in Steyr dieses Service in Anspruch nehmen. Die Nichtauslastung bedeutet auch, daß Frau Leitner fast täglich nachmittags im Zentralaltersheim Krankenpflegedienst verrichtet. Ergänzend möchte ich noch zu diesen Punkten bemerken, daß im Vergleich zur Einführung der mobilen Hauskrankenpflege die Auslastung eine kontinuierlich leicht steigende Tendenz zeigt. Von einer völligen Auslastung kann daher überhaupt keine Rede sein. Es ist noch niemand abgewiesen worden, wenn jemand den mobilen beantragt hat. Daß es mitunter zu Schwierigkeiten mit verschiedenen Patienten kommt - der eine möchte unbedingt um 8 Uhr gewaschen werden, beim anderen muß unbedingt um 9 Uhr der Verband gewechselt werden - das ist bei nur einer Krankenschwester schon möglich. Das liegt aber in der Natur der Sache und wird es bestimmt nicht notwendig machen, daß eine zweite Hauskrankenpflegerin eingestellt werden muß. Wenn es notwendig ist, daß jemand unbedingt gebraucht wird, haben wir ja noch die Frau Baumgartner, die eine teilzeitbeschäftigte Krankenpflegerin ist. Die wird dann eingesetzt, wenn wirklich sehr dringende Fälle da sind. Auf Grund der Erfahrungen ist eine mobile Hauskrankenpflegerin in jedem Fall ausreichend. Das wäre meine Stellungnahme zu dieser Anfrage.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Die Frau Gemeinderat wünscht eine Zusatzfrage!

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:
Wurden alle Ärzte und Haushalte durch eine Einschaltung im Amtsblatt aufmerksam gemacht auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieses sozialen Dienstes und wurde auch ausführlich darüber berichtet und informiert? Ich glaube, es ist notwendig, in jedem Amtsblatt darauf hinzuweisen, daß dieser Service in Anspruch genommen werden kann. Es kommen immer wieder Anfragen zu uns und auf meine Frage bekomme ich immer wieder die Antwort, wir machen nur bis 16 Uhr Dienst. Wenn aber jemand krank ist, dann braucht er auch nach 16 Uhr eine Hilfe. Vielleicht sollte man überlegen, ob man nicht so wie im Krankenhaus das auf drei Kräfte verteilt, damit man das rund um die Uhr machen könnte.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Mir ist nicht bekannt, daß jemand nicht betreut worden wäre. Wir haben sogar an Sonntagen, wenn es notwendig ist, - z. B. wenn ein Diabetiker nicht selbst in der Lage ist, sich die Injektionen zu geben - die mobile Krankenpflege eingeschaltet. Mir ist nicht bekannt, daß nach 16 Uhr - meistens sind ja dann die Angehörigen da und helfen selbst mit oder der Arzt kommt - jemand nicht betreut wurde. Es geht ja hauptsächlich um die Zeit tagsüber, wo der Patient alleine ist und wo es wichtig ist, daß die Hauskrankenpflege sofort da ist. Daß das funktioniert beweist die Tatsache, daß die Hauskrankenpflegerin fast täglich nachmittags im Zentralaltersheim Dienst macht, wo sie jederzeit abrufbar ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Die Zusatzfrage ist auch beantwortet. Damit können wir zur Behandlung der weiteren Tagesordnung übergehen.
Wie immer sind die Unterlagen zu den Stadtsenatsitzungen schriftlich zugesandt worden. Auf Grund der beiliegenden Liste werden die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis gebracht, die inzwischen erledigt wurden. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.
Zum nächsten Punkt bitte ich Kollegen Fritsch, den Vorsitz zu führen, damit ich meine beiden Tagesordnungspunkte zum Vortrag bringen kann.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Zur Geschäftsordnung bitte!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Bitte zur Geschäftsordnung:

Gemeinderat Reisner verläßt um 14.35 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Ich stelle namens der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat den Antrag, den Tagesordnungspunkt Bau2-5510/1982 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Der Punkt heißt "Verhängung einer Bausperre Nr. 5 zur Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 39 Stadlmayrgründe". Die Begründung, die wir dazu haben, es handelt sich hier bekanntlich um eine Abänderung des Flächenwidmungsplanes, um dort das Möbelhaus Leiner zu errichten. Ich will hier keine Wertung abgeben, ob wir dafür oder dagegen sind, und zwar aus folgendem Grund. Nach langen Überlegungen sind wir zur Auffassung gekommen, daß das Abschätzen der Vor- und Nachteile unheimlich schwierig ist. Wir haben auch den Brief vieler Steyrer Geschäftsleute bekommen, die gegen diese Errichtung Argumente anführen, die man auch genau überlegen muß. Wir haben uns daher vorgestellt, diesen Punkt heute abzusetzen, und im Rahmen einer Informationssitzung des Gemeinderates die Geschäftsleute, die sich dagegen ausgesprochen haben, einzuladen und auch die Firma Leiner einzuladen, um die Vorstellungen, die diese Firma hat, den Gemeinderäten darzulegen, um hier eine Entscheidungshilfe zu geben. Das Nächste ist ja, daß ein Landesgesetz existiert und da darf ich darauf hinweisen, daß der § 2 Abs. 6 Pkt. 3 "Betriebe für den überörtlichen Bedarf sollen nur in hiefür geeigneten Gebieten errichtet werden, Geschäftsbauten für den überörtlichen Bedarf sollen nur auf Standorten vorgesehen werden, für die ein genügend großer Einzugsbereich vorhanden ist, der durch bestehende Betriebe, einschließlich solcher für den örtlichen Bedarf nicht ohnehin bereits ausreichend versorgt wird, ist und .....". Hier muß doch von einem Fachmann eine Bedarfserhebung gemacht werden, ob wirklich die heimische Wirtschaft in Steyr die Versorgung auch für den überregionalen Bedarf nicht ausreichend decken kann. Nur dann ist letztenendes so etwas zu genehmigen.
Ein dritter Punkt, der mir auch sehr wichtig erscheint, wir haben ja in Steyr etliche Bauten stehen, die nicht gerade vor Schönheit prangen - ich nenne keine Namen. Uns ist auch nichts bekannt, wie ungefähr die Vorstellungen für dieses Gebäude sein könnten. Ich glaube, auch hier sollte vorher eine Information der Gemeinderäte stattfinden, um eine so weitreichende Entscheidung treffen zu können. Wir sind schon informiert, daß mit diesem Tagesordnungspunkt heute noch keine Baugenehmigung gegeben ist, es ist aber mehr oder minder der Startschuß. Daher beantragt die Freiheitliche Fraktion die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört, er ist formalrechtlich richtig eingebracht. Gemäß Geschäftsordnung des Gemeinderates gibt es dazu keine Diskussion. Ich darf aber darauf verweisen, daß sicherlich eine Erörterung der

Sachlage selbst beim Tagesordnungspunkt möglich sein wird. Dennoch muß ich den Antrag zur Abstimmung bringen. Wer ist für die Absetzung? 2 Stimmen FPÖ-Fraktion. Ich glaube, eine Gegenprobe wird sich auf Grund dieses Umstandes erübrigen. Gibt es Enthaltungen? Es enthält sich niemand der Stimme. Damit ist der Antrag abgewiesen, dieser Punkt wird ordnungsgemäß in Behandlung genommen.
Ich darf nun Herrn Vizebürgermeister Fritsch bitten, den Vorsitz zu übernehmen, damit ich meine zwei Tagesordnungspunkte zum Vortrag bringen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung und Antragstellung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Auf Grund der heutigen Angelobungen und der Wahl von zwei Stadtsenatsmitgliedern und dem vorherigen Ausscheiden von zwei Gemeinderatsmitgliedern hat sich eine Umbesetzung in den verschiedenen Ausschüssen als notwendig erwiesen. Bei dieser Gelegenheit hat die SPÖ ihre Möglichkeiten wahrgenommen und auch von der Österreichischen Volkspartei ist ein Antrag hier einbezogen über eine Veränderung in der Ausschußbesetzung. Zusammengefaßt darf ich Ihnen daher die Anträge in einem bekanntgeben:
Seitens der SPÖ-Fraktion treten folgende Veränderungen ein:
Im Finanz- und Rechtsausschuß scheidet Stadtrat Fürst aus, neu hinzu kommt Herr Stadrat Wippersberger; Frau Stadtrat Kaltentenbrunner scheidet ebenfalls aus, an ihrer Stelle wird Herr Gemeinderat Dr. Keiler einziehen.
Im Kulturausschuß ergibt sich die Veränderung so, daß Stadtrat Kinzelhofer ausscheidet und Herr Gemeinderat Dr. Keiler einzieht.
Im Wohlfahrtsausschuß scheidet Frau Stadtrat Kaltenbrunner aus, Herr Gemeinderat Franz Rohrauer übernimmt ihre Funktion.
Im Wohnungsausschuß scheidet Stadtrat Fürst aus, an seine Stelle tritt Herr Gemeinderat Rohrauer.
In der gemeinderätlichen Personalkommission scheidet Stadtrat Fürst aus, Stadtrat Wippersberger wird Mitglied dieser Kommission.
Von der Österr. Volkspartei liegt folgender Antrag vor:
Aus dem Wohlfahrtsausschuß scheidet Herr Gemeinderat Franz Mayr aus, an seiner Stelle tritt Herr Vizebürgermeister Karl Fritsch.
Im Wohnungsausschuß soll Herr Gemeinderat Mayr ausscheiden, Gemeinderat Seidl soll dafür einziehen.
Die Vorschläge dazu stehen den Parteien und Fraktionen zu und ich bitte Sie, diesen Anträgen die Zustimmung zu geben.

1) Präs-886/82
Veränderungen in der Zusammensetzung der Gemeinderatsausschüsse und der gemeinderätlichen Personalkommission.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse und der Personalkommission wird im Sinne des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 11. 10. 1982 zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Der Bitte wird entsprochen. Der Antrag steht zur Debatte. Wünschen Sie dazu das Wort? Wenn Sie dem gestellten Antrag die Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.
Ich bitte Herrn Bürgermeister um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Der nächste Punkt bezieht sich auf die Verleihung von zwei Ehrenringen, einerseits an Herrn Stadtrat Fürst und andererseits an die Frau Stadtrat Anna Kaltenbrunner.
Ich darf mir in Ihrem Interesse eine lange Aufzählung von Verdiensten und Formulierungen ersparen. Sie alle wissen, daß Stadtsenatsmitglieder immer, kraft ihrer langjährigen Mitwirkung und Mitentscheidungen vom Gemeinderat mit dem Ehrenring bedacht wurden, wenn sie ihren Ruhestand angetreten haben.
So stelle ich auch den Antrag, hier im Falle des Herrn Stadtrates Fürst, folgendes zu beschließen:

2) Präs-878/82
Präs-879/72
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Stadtrat Rudolf Fürst
und Stadtrat Anna Kaltenbrunner.

a)
Der Gemeinderat wolle beschließen:
In Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr als langjähriges Mitglied des Stadtseantes, im besonderen um die Entwicklung der Stadt als Finanzreferent und Referent für die Verbändegemeinschaften, sowie um das städtische Zentralaltersheim und das Gesundheitswesen, wird Herrn Rudolf Fürst der Ehrenring der Stadt Steyr verliehen. Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat zu lauten:
"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr als langjähriges Mitglied des Stadtsenates der Stadt Steyr, im besonderen um die Entwicklung der Stadt als Finanzreferent und Referent für die Verbändegemeinschaften sowie um das städtische Zentralaltersheim und das Gesundheitswesen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Dieser Antrag wird en bloc abgestimmt, und zwar deswegen, weil ein zweiter ähnlich gelagerter folgt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Der zweite Antrag betrifft die Frau Stadtrat Anna Kaltenbrunner. Die Beschlußformel ist ähnlich gelagert.

2) Präs-878/82
Präs-879/82
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Stadtrat Rudolf Fürst
und Stadtrat Anna Kaltenbrunner.

b)
Der Gemeinderat wolle beschließen:
In Würdigung ihrer Verdienste um die Stadt Steyr als langjähriges Mitglied des Stadtsenates, im besonderen als stadträtliche Referentin für das städtische Zentralaltersheim und die Seniorenbetreuung um den Ausbau dieser Einrichtungen, wird Frau Anna Kaltenbrunner der Ehrenring der Stadt Steyr verliehen.
Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat zu lauten:
"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung ihrer Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen als stadträtliche Referentin für das städtische Zentralaltersheim und die Seniorenbetreuung um den Ausbau dieser Einrichtungen."

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Meine Damen und Herren, Sie haben die beiden Anträge gehört. Wünscht hiezu jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall. Darf ich daher um eine akrobatische Übung Ihrerseits ersuchen in Anbetracht der Bedeutung dieses Beschlusses. Wenn Sie einverstanden sind mit beiden gestellten Anträgen, bitte ich Sie, dies durch Handzeichen anzuzeigen? Danke. Gegenprobe? Stimmenenthaltungen? Ich sehe die einstimmige Annahme der beiden Anträge. Ich danke Herrn Bürgermeister für die Antragstellung und übergebe wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wir kommen zur weiteren Behandlung. Dazu bitte ich Kollegen Fritsch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Ein Antrag, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, ist von mir an Sie heute zu stellen. Er basiert auf einer Vereinbarung mit der Stadt Steyr einerseits und der Diözesanfinanzkammer andererseits aus dem Jahre 1977 und betrifft die kirchlichen Ensemble in unserer Stadt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

3) K-13/77
Kirchliche Ensemble in Steyr; Kostenbeteiligung
der Stadt zu Renovierungsmaßnahmen.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 6. 9. 1982 wird in Erfüllung einer am 12. 9. 1977 mit der Diözesanfinanzkammer Linz abgeschlossenen Vereinbarung für die in der Zwischenzeit durchgeführten Renovierungsmaßnahmen am kirchlichen Ensemble in Steyr (Christkindlkirche, Pfarrhof und Kapelle - Vorstadtpfarrhof - Michaelerkirche - Mesnerhaus - Dominikanerkirche - Dornhaus Kaifassade - Stadtpfarrhof - Michaelerkirche Ostfassade) seitens der Stadt eine Beitragsleistung von S 1,500.000,- und 10,59 % Indexsteigerung bis 1. 12. 1979 geleistet.
Zu diesem Zweck wird bei der VA-St 5/3630/7770 der Betrag von
S 1,658.850,- (Schilling eine Million sechshundertachtundfünfzigtausendachthundertfünfzig)
als Kreditübertragung bewilligt.
Die Deckung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.
Da sich in der Abwicklung der Vereinbarung Terminverzögerungen ergaben, die teils die Diözesanfinanzkammer und die Stadt zu vertreten haben, wird gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Durch die Vorbeschlüsse wurden Sie jeweils mit dem Inhalt des heutigen Antrages konfrontiert und bekanntgemacht.
Ich bitte Sie, auch im Hinblick auf die kulturelle Bedeutung des Antrages, dem Ihre Zustimmung nicht versagen zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für den Bericht und die Antragstellung. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Dem ist nicht so. Ist jemand gegen den Antrag? Auch nicht. Enthaltungen? Ebenfalls keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Danke. Nächster Berichterstatter ist Frau Stadtrat Ehrenhuber in ihrer Prämierenvorstellung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorlegen, der die Ausspeisungsbeiträge in den städtischen Kindertagesheimstätten und Horten betrifft.
Mit Gemeinderatsbeschluß vom 29. Oktober 1981, SH-3392/81, wurden die Aus-

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Meine Damen und Herren, Sie haben die beiden Anträge gehört. Wünscht hiezu jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall. Darf ich daher um eine akrobatische Übung Ihrerseits ersuchen in Anbetracht der Bedeutung dieses Beschlusses. Wenn Sie einverstanden sind mit beiden gestellten Anträgen, bitte ich Sie, dies durch Handzeichen anzuzeigen? Danke. Gegenprobe? Stimmenenthaltungen? Ich sehe die einstimmige Annahme der beiden Anträge. Ich danke Herrn Bürgermeister für die Antragstellung und übergebe wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wir kommen zur weiteren Behandlung. Dazu bitte ich Kollegen Fritsch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Ein Antrag, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, ist von mir an Sie heute zu stellen. Er basiert auf einer Vereinbarung mit der Stadt Steyr einerseits und der Diözesanfinanzkammer andererseits aus dem Jahre 1977 und betrifft die kirchlichen Ensemble in unserer Stadt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

3) K-13/77
Kirchliche Ensemble in Steyr; Kostenbeteiligung
der Stadt zu Renovierungsmaßnahmen.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 6. 9. 1982 wird in Erfüllung einer am 12. 9. 1977 mit der Diözesanfinanzkammer Linz abgeschlossenen Vereinbarung für die in der Zwischenzeit durchgeführten Renovierungsmaßnahmen am kirchlichen Ensemble in Steyr (Christkindlkirche, Pfarrhof und Kapelle - Vorstadtpfarrhof - Michaelerkirche - Mesnerhaus - Dominikanerkirche - Dornhaus Kaifassade - Stadtpfarrhof - Michaelerkirche Ostfassade) seitens der Stadt eine Beitragsleistung von S 1,500.000,- und 10,59 % Indexsteigerung bis 1. 12. 1979 geleistet.
Zu diesem Zweck wird bei der VA-St 5/3630/7770 der Betrag von
S 1,658.850,- (Schilling eine Million sechshundertachtundfünfzigtausendachthundertfünfzig)
als Kreditübertragung bewilligt.
Die Deckung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.
Da sich in der Abwicklung der Vereinbarung Terminverzögerungen ergaben, die teils die Diözesanfinanzkammer und die Stadt zu vertreten haben, wird gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Durch die Vorbeschlüsse wurden Sie jeweils mit dem Inhalt des heutigen Antrages konfrontiert und bekanntgemacht.
Ich bitte Sie, auch im Hinblick auf die kulturelle Bedeutung des Antrages, dem Ihre Zustimmung nicht versagen zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für den Bericht und die Antragstellung. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Dem ist nicht so. Ist jemand gegen den Antrag? Auch nicht. Enthaltungen? Ebenfalls keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Danke. Nächster Berichterstatter ist Frau Stadtrat Ehrenhuber in ihrer Prämierenvorstellung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorlegen, der die Ausspeisungsbeiträge in den städtischen Kindertagesheimstätten und Horten betrifft.
Mit Gemeinderatsbeschluß vom 29. Oktober 1981, SH-3392/81, wurden die Aus-

speisungsbeiträge ab 1. 1. 1982 in den städtischen Kindertagesheimstätten und Horten pro verabreichter Essensportion wie folgt festgesetzt:
a) in den städtischen Kindertagesheimstätten S 22,50
b) in den Horten S 24,--
Eine Überprüfung durch das Kontrollamt hat ergeben, daß der Zuschußbedarf in beiden Fällen infolge allgemeiner Kostensteigerungen um S 1,50 pro Portion gestiegen ist. Um den bisher gewährten Zuschußbedarf beizubehalten (Kindertagesheimstätten S 8,-, Horte S 9,50) wird deshalb vorgeschlagen, den erhöhten Zuschußbedarf auf den Abgabepreis anzurechnen. Dadurch erhöht sich der Abgabepreis in den städtischen Kindertagesheimstätten auf S 24,- und in den Horten auf S 25,50 pro Portion.

4) SH-3788/82
Ausspeisungsbeiträge in städtischen Kindertagesheimstätten und Horten.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23. September 1982 werden ab 1. 1. 1983 die Ausspeisungsbeiträge in den städtischen Kindertagesheimstätten mit S 24,- und in den Horten mit S 25,50 pro Portion festgesetzt.
Die dennoch erforderlichen Zuschußmittel sind aus VSt 1/2400/4300 (städt. Kindertagesheimstätten) und VSt 1/2500/4300 (Horte) zu entnehmen.

Ich bitte Sie um Genehmigung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für die Antragstellung. Wünscht zum Antrag jemand das Wort?
Herr Gemeinderat Holub und dann Herr Gemeinderat Eichhübl und GR Treml.

Gemeinderat Pimsl verläßt um 14.15 die Sitzung.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
In Anbetracht, daß es Ihre Jungfernrede war, Frau Stadtrat, eröffne ich meinen Beitrag mit den Worten "Frau Stadtrat, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren".
Der vorliegende Antrag ist dermaßen, daß man sich außerordentlich schwer tut bei der Überprüfung desselben. Wir haben eine wirtschaftliche Situation in unserem Land, wo der Bürger auch zur Kenntnis nehmen muß, daß alles teurer wird. Soweit kann man von der Voraussetzung ausgehen, daß der Antrag sachlich gerechtfertigt ist. Leider Gottes wird ein Moment dabei vergessen, daß, wenn über Jahre hindurch eine Bezuschussung von der öffentlichen Hand gleich bleibt, daß sich das Förderungsverhältnis zum Nachteil des Geförderten verändert. In Prozenten schaut das wesentlich anders aus, als es die ursprüngliche Zielsetzung des Gemeinderates war, als die Ausspeisungsbeiträge in den Kindertagesheimstätten und Horten bezuschußt wurden. Wir werden zwar heute diesem Antrag noch zustimmen, weil schließ- und endlich die Finanzlage der Stadt auch nicht allzu schön ist, geben aber doch dabei in Ihre, meine Damen und Herren, Erinnerung, daß letztendlich die Finanzlage der Familien auch nicht besser geworden ist. Und daß man in Zukunft darauf trachten sollte, in schwierigen Zeiten doch die Belastungen wieder gleich zu verteilen. Ich möchte Ihnen sehr stark ans Herz legen, in Zukunft zu bedenken, den Zuschußbedarf nicht statisch zu betrachten, sondern auch dynamisch, daß man sich ab der nächsten Anpassung auf einen Prozentsatz einigen sollte. Ich glaube, das wäre das Objektivste und Fairste für alle Betroffenen. Dem Antrag selbst werden wir positiv beitreten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für die Erklärung. Nächster ist Herr Gemeinderat Eichhübl.

speisungsbeiträge ab 1. 1. 1982 in den städtischen Kindertagesheimstätten und Horten pro verabreichter Essensportion wie folgt festgesetzt:
a) in den städtischen Kindertagesheimstätten S 22,50
b) in den Horten S 24,--
Eine Überprüfung durch das Kontrollamt hat ergeben, daß der Zuschußbedarf in beiden Fällen infolge allgemeiner Kostensteigerungen um S 1,50 pro Portion gestiegen ist. Um den bisher gewährten Zuschußbedarf beizubehalten (Kindertagesheimstätten S 8,-, Horte S 9,50) wird deshalb vorgeschlagen, den erhöhten Zuschußbedarf auf den Abgabepreis anzurechnen. Dadurch erhöht sich der Abgabepreis in den städtischen Kindertagesheimstätten auf S 24,- und in den Horten auf S 25,50 pro Portion.

4) SH-3788/82
Ausspeisungsbeiträge in städtischen Kindertagesheimstätten und Horten.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23. September 1982 werden ab 1. 1. 1983 die Ausspeisungsbeiträge in den städtischen Kindertagesheimstätten mit S 24,- und in den Horten mit S 25,50 pro Portion festgesetzt.
Die dennoch erforderlichen Zuschußmittel sind aus VSt 1/2400/4300 (städt. Kindertagesheimstätten) und VSt 1/2500/4300 (Horte) zu entnehmen.

Ich bitte Sie um Genehmigung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für die Antragstellung. Wünscht zum Antrag jemand das Wort?
Herr Gemeinderat Holub und dann Herr Gemeinderat Eichhübl und GR Treml.

Gemeinderat Pimsl verläßt um 14.15 die Sitzung.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
In Anbetracht, daß es Ihre Jungfernrede war, Frau Stadtrat, eröffne ich meinen Beitrag mit den Worten "Frau Stadtrat, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren".
Der vorliegende Antrag ist dermaßen, daß man sich außerordentlich schwer tut bei der Überprüfung desselben. Wir haben eine wirtschaftliche Situation in unserem Land, wo der Bürger auch zur Kenntnis nehmen muß, daß alles teurer wird. Soweit kann man von der Voraussetzung ausgehen, daß der Antrag sachlich gerechtfertigt ist. Leider Gottes wird ein Moment dabei vergessen, daß, wenn über Jahre hindurch eine Bezuschussung von der öffentlichen Hand gleich bleibt, daß sich das Förderungsverhältnis zum Nachteil des Geförderten verändert. In Prozenten schaut das wesentlich anders aus, als es die ursprüngliche Zielsetzung des Gemeinderates war, als die Ausspeisungsbeiträge in den Kindertagesheimstätten und Horten bezuschußt wurden. Wir werden zwar heute diesem Antrag noch zustimmen, weil schließ- und endlich die Finanzlage der Stadt auch nicht allzu schön ist, geben aber doch dabei in Ihre, meine Damen und Herren, Erinnerung, daß letztendlich die Finanzlage der Familien auch nicht besser geworden ist. Und daß man in Zukunft darauf trachten sollte, in schwierigen Zeiten doch die Belastungen wieder gleich zu verteilen. Ich möchte Ihnen sehr stark ans Herz legen, in Zukunft zu bedenken, den Zuschußbedarf nicht statisch zu betrachten, sondern auch dynamisch, daß man sich ab der nächsten Anpassung auf einen Prozentsatz einigen sollte. Ich glaube, das wäre das Objektivste und Fairste für alle Betroffenen. Dem Antrag selbst werden wir positiv beitreten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für die Erklärung. Nächster ist Herr Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
In der Zeit von 1979 bis heute, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, in einer relativ kurzen Zeit also, wo ich mich im Gemeinderat befinde, hatte ich bereits mehrmals Veranlassung dazu, im Zusammenhang mit den Ausspeisungstariferhöhungen in den städtischen Kindertagesheimstätten und Horten zu sprechen. Das gereicht mir nicht zum Ruhme, sondern Ihnen, meine Damen und Herren der SPÖ-Rathausmehrheit, zweifellos in wesentlich größerem Ausmaß nicht zur Ehre, wenn Sie ständig in sozialen Bereichen und Dienstleistungsbereichen die Tarife und Gebühren anheben.
Es ist die Situation doch so, daß, wenn man das umlegt auf die Einkommensbezieher, sehr viele gerade vor diesem Problem stehen, daß ständig und in allen Bereichen sukzessive, wenn auch geringfügig, angehoben wird, aber die Lohn- und Einkommensverhältnisse keineswegs dazu analog steigen. Das fängt bei den horrenden Wohnungsmeiten an und hört in jenen Bereichen auf, wo Sie beispielsweise wie heute ständig Erhöhungen beschließen und auch durchführen. Der Beweis dazu wurde im Bereich der GWG angetreten, denn einerseits sind sehr viele Wohnungen frei, neue Wohnungen, die sich kein Mensch mehr leisten kann, und auf der anderen Seite kann man bereits auf einen Mietzinsrückstand in der Höhe von etwa 6 Millionen Schilling zurückblicken. Es wird niemand behaupten, so glaube ich, daß das nur Säumige und jene Personen sind, die zahlungsunwillig sind.
Wir geben uns auch nicht mit der lapidaren Erklärung zufrieden, daß eben Erhöhungen notwendig sind, sondern ich habe in diesem Zusammenhang der Erhöhung der Ausspeisungstarife bereits Vorschläge gemacht, daß durch Einsparungsmaßnahmen es durchaus möglich sein könnte, diese Erhöhungen aufzufangen. Das hat nichts mit einem Hotel Eichhübl zu tun, Herr Bürgermeister, denn als Sie das damals erwähnt haben, haben Sie offensichtlich die Einkommensmöglichkeiten meiner Person mit der Person eines Bürgermeisters verwechselt. Ich bin aber sehr froh und gar nicht unglücklich darüber, daß ich kein Hotel- und Hausbesitzer bin, denn da hat man nur Schwierigkeiten.
Ich darf aber zurückkommen, mit Erlaubnis des Vorsitzenden, auf den heute gestellten Antrag, der sehr ernst ist. Ich habe mir nur erlaubt, einen kleinen heiteren Einwand meinerseits zu machen. Wir sehen uns außerstande, seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, aus den angeführten Gründen die Zustimmung zu diesem Antrag zu geben. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Herr Gemeinderat Tremls ist der nächste Sprecher.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ein hoher Prozentsatz jener Eltern bzw. Mütter, die ihre Kinder in die städtischen Tagesheimstätten schicken, sind minderbemittelt und verfügen meist über ein geringes Einkommen. Das wissen jene, die mit dieser Frage in unserer Gemeinde beschäftigt sind. Für diese, meine Damen und Herren, ist auch eine 6 %ige Erhöhung, oder sogar über 6 %ige Erhöhung, der Essensportionen, die heute beantragt wird, spürbar und sicher eine Belastung. Die Sozialistische Fraktion hier im Gemeinderat begründet seit Jahren, nicht nur erst diesmal, diese Erhöhung immer wieder damit, daß die Stadt den bereits gewährten Zuschuß nicht erhöhen kann. Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen auch, daß durch die Geldwertminderung seit vielen Jahren diese Politik automatisch zum Abbau von gewährten Sozialleistungen führt. 12 Jahre SPÖ-Regierung erbrachte, wie Sie selbst wissen, daß der Schilling keinen Schilling mehr wert ist, sondern nur mehr die Hälfte wert ist. Bei der Beibehaltung der derzeitigen Essenspreise würden zum Beispiel der Stadt monatliche Kosten in der Höhe von rund nur 8000 Schilling entstehen. Sie wissen genau, ein Stadtrat bekommt zum Vergleich dazu zweimal so viel monatlich an Sitzungsgeld.

Meine Damen und Herren, ich habe bei manchen Anträgen der Mehrheit zugestimmt, weil wir auch der Auffassung sind, daß manche Maßnahmen in der Stadt erfolgen, die auch eine Unterstützung der Gemeinde notwendig machen. Sie haben beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt einen Antrag gestellt und hingewiesen, daß eine Vereinbarung besteht – nicht zwischen dem Gemeinderat – zwischen der Gemeinde und der Finanzdiözese Linz, daß man für kirchliche Denkmäler bereit sei, 1,500.000 Schilling zu gewähren. Wir haben gemeinsam beschlossen, daß in dieser Vereinbarung, die offenbar auf höherer Ebene getroffen wurde, eine Indexsteigerung in Kauf genommen wird, die diesen Betrag erhöht um 158.000 Schilling. Sie können sich jetzt umrechnen, wieviele Jahre man nur mit der Erhöhung, nämlich der Indexsteigerung, die Kosten abdecken könnte dieser Kostensteigerung bei den Essensportionen.
Meine Damen und Herren, es war auch im letzten Wohlfahrtsausschuß eine sehr lange Debatte darüber, daß neben diesen Essensgebührenerhöhungen bei den städtischen Kindertagesheimstätten und Horten auch gleichzeitig die Erhöhung durchgeführt bei der Verpflegung für die Insassen der Pensionistenheime, für den Verein Lebenshife – wiederum der Ärmsten in unserer Stadt, wenn ich sie so bezeichnen darf – bzw. auch für "Essen auf Rädern". Dazu glaube ich, habe ich auch sehr umfangreich mich beschäftigt mit der Frage der Weihnachtszuwendung für unsere Ältesten, für unsere Schwächsten bzw. Ärmsten in unserer Stadt, wovon es immerhin noch 1.100 gibt, die eine Ausgleichszulage beziehen. Da habe ich versucht, die sozialistische Mehrheit zu überzeugen, daß sie zumindest hier die eintretende Teuerung abgelten möge. Auch in dieser Sitzung wurde mir gesagt, das geht nicht, es wird ja allgemein empfohlen, daß die Arbeiter und Angestellten auch unter der Inflationsrate bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen abschließen müssen und daher gilt das auch in diesem Fall. Ich sage Ihnen, es ist eine Schande. Wir haben dort fast eine Stunde debattiert, es ging ja um kaum 10.000 oder 11.000 Schilling, die notwendig gewesen wären, damit man zumindest die Teuerung abgegolten hätte. Das heißt, den Betrag für die Weihnachtszuwendung 1982 für die 1.100 Mitbürger anzuheben. Man war nur bereit, 10 Schilling oder 10 Zigaretten anläßlich der Weihnachtsfeier an diese alten bzw. armen Menschen zu übergeben.
Meine Damen und Herren, ich glaube, in Zeiten wie diesen, wie man es immer so schön sagt unter den Politikern, darf die Kaufkraft durch ständige Erhöhungen der Kommunalgebühren nicht gesenkt werden, sondern bevor es zu spät ist, muß man die Kaufkraft durch höhere Pensionen und Gehälter anheben, um auch die Sicherung der Arbeitsplätze in Zukunft zu gewährleisten. Die Gefahr für unsere soziale Sicherheit liegt sicherlich, und das ist auch bekanntlich nicht der Mangel von Gütern die produziert werden, in der schwindenden Kaufkraft.
Daher ist von entscheidender Bedeutung, daß die erzeugten Produkte und Güter auch abgesetzt werden und die breite Masse der Bevölkerung – dazu gehören auch die Ärmsten, von denen ich gesprochen habe – diese Güter kaufen kann.
Ich glaube auch nicht, daß durch die Ablastung der Krise auf die breite Bevölkerung, durch Erhöhung von Gebühren und Tarifen, – das ist meine Auffassung – besonders hier in der Gemeinde – auch Kollege Eichhübl hat darauf hingewiesen – nicht nur auf diesem sozialen Sektor, sondern das wird auch auf anderen Gebieten gemacht, daß durch diese Maßnahmen, die hier im Gemeinderat meist gegen meine Stimme gesetzt werden, gerade der gegenteilige Effekt erreicht wird. Auch aus diesem Grunde stimme ich der heute beantragten Erhöhung nicht zu.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wird zu diesem Punkt noch eine weitere Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht so. Frau Stadtrat Ehrenhuber wird das Schlußwort sprechen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Meine Damen und Herren, Gebührenerhöhungen sind sicher nicht angenehm, in keinem Fall. Ich möchte aber nochmals auf die bevorstehenden großen Aufgaben hinwei-

sen und vor allem auf die angespannte, schwierige finanzielle Situation unserer Stadt und darf Sie nochmals um Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für das Schlußwort. Wir stimmen ab. Falls Sie gegen den Antrag sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? (3 Stimmen dagegen - 2 FPÖ-, 1 KPÖ-Fraktion). Enthaltungen? Keine. Der Antrag ist gegen drei Stimmen angenommen. Danke. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, dazu bitte ich Herrn Stadtrat Feuerhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen einen Antrag zum Vortrag zu bringen, der sich mit den Grundankauf von der Familie Gruber in der Kat. Gem. Gleink beschäftigt.
Sie wissen, daß die Gemeinde schon lange bemüht ist, für Siedlungswillige Grundankäufe zu tätigen. Nach Abschluß dieses Kaufvertrages besteht die Möglichkeit, für 20 - 25 Eigenheimbauer sofort in Vorlage zu treten. Ich darf Ihnen den diesbezüglichen Antrag des Stadtsenates vortragen:

5) ÖAG-4004/82
Ankauf der Grundstücke 359/1 Wiese und 359/5
Schottergrube und Wiese von Alois und Adelheid Gruber.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Ankauf der Grundstücke 350/1 Wiese und 350/5 Schottergrube und Wiese von den Ehegatten Alois und Adelheid Gruber, Landwirte, 4407 Steyr-Gleink, Haidershofnerstraße 2, zum Preis von S 300,-/m2 wird zugestimmt. Zum Zwecke des Ankaufes und der Bezahlung der Übertragungskosten wird ein Betrag von S 5,560.000,- als Kreditüberschreitung bei VA-St 5/8400/0010 bewilligt, wobei die Deckung durch Rücklagenentnahme erfolgt.

Ich darf Herrn Bürgermeister bitten, den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für den Bericht. Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht so, dann wird abgestimmt. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Gibt es Enthaltungen? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.
Danke. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen einen Antrag vorzulegen, der folgenden Wortlaut hat:

6) ÖAG-3220/81
Stadtwerke
Tarife der städtischen Verkehrsbetriebe; Änderung im Wortlaut.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund desAmtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 24. 9. 1982 wird unter Zugrundelegung des Bescheides des Amtes der oö. Landesregierung vom 8. 9. 1982, VerkR-712/7-1982-I/Dre, der Tarifwortlaut des Punktes III lit. b im städtischen Verkehrsbetrieb von bisher "Monatskarte für Schüler und Lehrlinge mit Lichtbild und Wertmarke mit unbeschränkter Fahrtenzahl" auf nunmehr "Monatskarte für Lehrlinge und Praktikanten mit Lichtbild und Wertmarke mit unbeschränkter Fahrtenzahl" geändert.
Diese Änderung des Tarifwortlautes tritt rückwirkend mit 8. 9. 1982 in Kraft.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Enthaltungen? Auch keine, daher einstimmig angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Herr Bürgermeister, gestatten Sie mir, daß ich eine Mitteilung an den Gemeinderat vorbringe.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Bitte, eine Ergänzung zum Antrag, der bereits beschlossen ist.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Ich hätte an die Presse die Bitte, das zu gegebener Zeit zu veröffentlichen. Der 31. Oktober fällt an einen Sonntag und unsere Autobusse fahren sonntags laut Fahrplan nur stündlich, Als besonderes Service für unsere Mitbürger schlagen wir vor, daß am Sonntag, 31. Oktober, ab 7.25 Uhr die Linien so wie an Werktagen verkehren. Das heißt, daß die Line 1 Münichholz ab 7.25 Uhr bis 20 Uhr alle 15 Minuten fährt, die Linie Krankenhaus von 8.25 bis 16.25 Uhr, stündlich so wie bisher nur verstärkt. Die Linie 3 Ennsleite fährt von 7.45 bis 16.30 alle 15 Minuten und die Linie 4 Tabor fährt von 7.30 bis 16.30 Uhr ebenfalls alle 15 Minuten. Am Vortag des Allerheiligentages haben wir somit die gleichen Fahrzeiten wie an Wochentagen. Ich ersuche die Herren der Presse, das der Öffentlichkeit mitzuteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Diese Mitteilung wird gerne aufgenommen, daß am Vortag des Allerheiligentages die Linien normal wie an Werktagen verkehren.
Wir sind nun mit dem Referat Kinzelhofer am Ende. Nächster Berichterstatter ist Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:
Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen zwei Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste betrifft den Bebauungsplan Gleink Nr. 40 und hat folgenden Wortlaut:

7) Bau2-5800/81
Bebauungsplan "Gleink" Nr. 40; Änderung.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Änderung des Bebauungsplanes "Gleink" Nr. 40 wird nach Maßgabe des Amtsberichres der Mag. Abt. XI vom 29. September 1982 entsprechend der Planunterlagen des Stadtbauamtes vom 15. Oktober 1981 gemäß § 23 Abs. 3 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 19/1982 i. d. g. F., in Verbindung mit § 21 Abs. 4 und 5 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 18/1982 i. d. g. F., beschlossen. Die Kundmachung der Änderung des Bebauungsplanes erfolgt nach Vorlage beim Amt der OÖ. Landesregierung als Aufsichtsbehörde gemäß § 21 Abs. 5 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 18/1972 i. d. g. F., gemäß § 21 Abs. 9 OÖ. Raumordnungsgesetz in Verbindung mit § 62 des Statutes für die Stadt Steyr, LGBl. Nr. 11/1980, im Amtsblatt der Stadt Steyr.

Ich darf Sie um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für den Bericht und den Antrag. Gibt es dazu eine Wortmeldung?

Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Der zweite Antrag betrifft die Verhängung einer Bausperre Nr. 5 zur Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 39 "Stadlmayrgründe" und hat folgenden Wortlaut:

8) Bau2-5510/82
Verhängung einer Bausperre Nr. 5 zur Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 39 "Stadlmayrgründe".
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Verordnung

I. Gemäß § 58 Abs. 1 OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 35/1976 i. d. g. F. wird für die im Plan des Stadtbauamtes vom 4. Oktober 1982 bezeichneten Gebiete eine zeitlich befristete Bausperre verhängt. Der Wirkungsbereich der Bausperre wird wie folgt begrenzt:
Im Norden und Westen durch die Begrenzung des bestehenden Bebauungsplanes, sodann durch die südliche Straßenfluchtlinie der Wolfernstraße, die östliche Straßenfluchtlinie der Seifentruhenumfahrung, die nördliche Straßenfluchtlinie der Seifentruhenumfahrung, die nördliche Straßenfluchtlinie der Aufschließungsstraße für das Taborkaufhaus und deren Verlängerung bis zur Besitzgrenze zwischen den Grundstücken Weindl und der Ersten Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft.
In diesem Gebiete sind die Verlegung der Wolferner Landesstraße im Einmündungsbereich in die B 122 Voralpenbundesstraße - Seifentruhe sowie die Errichtung eines Einrichtungshauses in zwei- und viergeschossiger Bauweise beabsichtigt. Die Bausperre hat die Wirkung, daß Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften und Baubewilligungen - ausgenommen Baubewilligungen für Bauvorhaben gemäß § 41 Abs. 1 lit. e) - nur ausnahmsweise mit Zustimmung des Gemeinderates oder auf Widerruf erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, daß die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.
II. Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 62 des Statutes für die Stadt Steyr 1980, LGBl. Nr. 11/1980, im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an im Baurechtsamt sowie im Planungsreferat des Stadtbauamtes des Magistrates Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Steinmassl bitte!

GEMEINDERAT RUDOLF STEINMASSL:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Vorausschicken möchte ich, daß ich nicht so sehr in eigener Sache, wie das vielleicht den Anschein erwecken könnte, sondern in meiner Eigenschaft als Bezirksobmann des freien Wirtschaftsverbandes und somit als Vertreter kleiner und mittlerer Handelsgewerbetreibender folgende Erklärung abgebe. Es ist mir vollkommen klar, daß auf dem vorgesehenen Standort ein Möbelhaus zweigeschossiger Ausführung ohne weitere Genehmigung des Gemeinderates errichtet werden kann. Die Voraussetzungen dazu haben wir ja selbst mit dem Beschluß des Flächenwidmungsplanes geschaffen. Der Unterschied zwischen zwei- und viergeschossiger Bauweise ist vielleicht von der städtebaulichen Seite her gesehen nicht sehr bedeutend, wohl aber, wohl aber in den wirtschaftlichen Auswirkungen. Durch die Errichtung des geplanten Großkaufhauses der Firma Leiner sind sicher bis dato gesunde kleinere Handelsbetriebe in ihrer Existenz auf das Höchste gefährdet. Ich habe bewußt Großkaufhaus gesagt, denn die Firma Leiner befaßt sich ja nicht nur mit dem Ver-

trieb von Möbeln, sondern darüberhinaus mit Heimtextilien - angefangen vom Vorhang über Tisch- und Bettwäsche bis zu Tapeten, Bodenbelägen und Teppichen aller Art. Das ist aber noch nicht alles, meine Damen und Herren. In ihrem Sortiment führt die Firma Leiner auch alle möglichen Elektro-, Glas-, Porzellanwaren und Geschenkartikel. Ich glaube, daß ich nicht besonders darauf hinweisen muß, daß durch dieses Sortiment, abgesehen von der Möbelbranche, unzählige andere Fachgeschäfte in ganz Steyr und auch im übrigen Bezirk betroffen sind, die einfach keine Möglichkeit mehr zum Überleben haben. Alle diese kleinen Handelsbetriebe werden den kommenden Konkurrenzkampf nur dann bestehen können, wenn sie rationalisieren - sprich Mitarbeiter freistellen! Bei einem sicher zu erwartenden Umsatzrückgang in den einzelnen Sparten und der immer weiter sinkenden Ertragslage dieser Betriebe kann man eben nur beim größten Regieposten, das sind nun einmal die Löhne und Gehälter, einsparen. Damit komme ich auf die Aussage der Firma Leiner, sie schaffe bis zu 160 neue Arbeitsplätze, zu sprechen. Erstens sei festgestellt, daß es undenkbar ist, daß überhaupt so viele Mitarbeiter auch bei dieser Größenordnung gebraucht werden. Zweitens handelt es sich größtenteils praktisch nur um eine Umschichtung der Beschäftigten, die eben, wie schon gesagt, von den artverwandten kleineren Betrieben, freigestellt werden müssen. Außerdem wird Leiner sicherlich aus den bereits bestehenden Häusern Personalumschichtungen vornehmen und so wird der Slogan von der Arbeitsplatzbeschaffung sicher nicht voll zum Tragen kommen. So wird sich auch das erwartete Steueraufkommen für die Stadtgemeinde sicherlich in bescheidenen Grenzen halten. Noch dazu, wo bei einer Investitionssumme von S 150 Millionen durch die Abschreibemöglichkeiten auf Jahre hinaus keine Gewerbesteuer anfallen wird. Logischerweise wird das Steueraufkommen der von dieser Konkurrenz betroffenen kleineren Betriebe ebenfalls zurückgehen.
Es mag sein, daß die heimische Bauwirtschaft durch diese Investition für einige Monate zusätzliche Arbeit hat, weil in Steyr in nächster Zeit kein Großprojekt in Sicht ist. Es ist zu begrüßen, daß von privater Seite her Investitionen in dieser Größenordnung gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten getätigt werden. Auch die Zusage des Unternehmens, im Falle der Realisierung des Bauvorhabens einen Fußgängerübergang zu errichten, muß man durchaus positiv werten. Auch diese Zeit geht vorüber und was bleiben wird, ist ein großes Zittern um das Überleben der bodenständigen, bisher brav steuerzahlenden, Unternehmen.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist mir und uns allen klar, daß wir in einer freien Marktwirtschaft leben und als Funktionär des freien Wirtschaftsverbandes bekenne ich mich zu den Regeln eines fairen Wettbewerbes. Was uns aber auch klar sein muß, ist die Tatsache, daß ein reines Handelsunternehmen die wirtschaftliche Struktur unserer Region sicher nicht wesentlich beeinflußt und bereichert. Ganz etwas anderes wäre es, wenn sich hier ein Erzeugerbetrieb niederlassen würde. Dieser würde meines Erachtens nach echte, neue Arbeitsplätze schaffen und somit die Infrastruktur verbessern. Mit der Eröffnung dieses Handelshauses wird jedoch wahrscheinlich ein sogenanntes "Greißlersterben" einsetzen.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend bitte ich um Verständnis dafür, daß ich auf Grund meiner Ausführungen nicht in der Lage bin, dem Vorhaben zuzustimmen. Als selbst in dieser Branche tätiger Gewerbetreibender und als Vertreter des freien Wirtschaftsverbandes muß ich mnich bei der Beschlußfassung über diesen Geschäftsfall der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, es war mit Sicherheit anzunehmen, daß der heute uns vorliegende Antrag bei der Beschlußfassung unterschiedliche Meinungen und unterschiedliche Stellungnahmen hervorrufen wird. Bevor ich auf die

Meinung meiner Fraktion eingehe, darf ich eine kurze Erklärung dahingehend abgeben, warum wir dem Antrag der Freiheitlichen auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes nicht die Zustimmung gaben. Und zwar deswegen, weil das ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat war. In der Finanzausschußsitzung der Vertreter der FPÖ, aus welchen Gründen immer, nicht anwesend war, also seine Stellungnahme nicht beziehen konnte. Gerechtfertigterweise müßte man sagen, könnte man in diesem Gremium bereits eine entsprechende Erklärung abgeben. Es würde aber zu leicht sein,

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Wir sind dort nicht stimmberechtigt!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
... Kollege Mausz, wenn Du sagst, Ihr seid nicht stimmberechtigt, so stimmt das schon, aber stimmgewaltig warst Du bis jetzt in diesen Ausschüssen immer. Es würde aber zu leicht sein, in Form von einer beleidigten Reaktion jetzt zu sagen, wir stimmen aus diesem Grund dem Antrag der FPÖ nicht zu. Wir sind der Auffassung, daß dieser Antrag im Gremium besprochen, ausdiskutiert werden muß und auf Grund dieser Debatten und Diskussionsbeiträge wird letztlich der Beschluß zu fällen sein. Ich muß auch festhalten, daß nach dem oö. Raumordnungsgesetz der Begriff des überörtlichen Bedarfs in diesem Fall vom Gesetz her nicht anwendbar ist. Die Entscheidung und den Entschluß hat sich meine Fraktion dazu nicht leicht gemacht. Wir haben lange Zeit überlegt, beraten und uns durchgerungen und sind von zweierlei Aspekten nüchtern an die Beurteilung herangegangen. Der eine Aspekt ist der der rechtlichen Situation. In dem Falle stimme ich Kollegen Steinmassl vollinhaltlich zu, dort, wo es heißt, daß unser von uns allen beschlossene Flächenwidmungsplan diesen Bereich im Geschäftsbaubereich eingeordnet und gewidmet hat. Das heißt also, daß für geschäftliche, für gewerbliche Ansiedlungen, dieses Areal zur Verfügung steht. Das könnte jeder andere Gewerbebetrieb auch sein, das könnte z. B. eine Schlosserei sein mit entsprechender Lärmerregung. In dem Fall ist es ein Möbelhaus. Wenn Leiner zweigeschossig bauen würde, dann hätte der Gemeinderat überhaupt keine Berechtigung, aber auch keine Notwendigkeit, darüber Entscheidungen herbeizuführen, sondern dann liefe das alles im Rahmen unserer baurechtlichen Verfahren. Daß - das ist verständlich - Leiner, wir nennen das Kind beim Namen, versuchen wird, eine höhere Bauweise bewilligt zu erhalten, das ist aus geschäftsinternen und kalkulatorischen Überlegungen von seiner Seite aus recht. Daß Leiner - das wird mir Kollege Steinmassl als in diesem Fall Wissender bestätigen- auch andere Standorte ins Kalkül gezogen hat, wobei sich ein Standort auch im Bereich des Gemeindegebietes unserer Stadt befindet, und zwar etwas außerhalb in westlicher Richtung ca. 10 km entfernt, das beweist und bedeutet, daß gerade nur für diesen Standort der Gemeinderat eine Entscheidung zu fällen hat, daß aber auch gleichzeitig mit der Erklärung Kommerzialrat Leiners, dort zu bauen, verschiedene - nennen wir es ruhig Benefize der Stadt in Verbindung zu sehen sind. So leid es uns allen miteinander tut, daß logischerweise der Konkurrenzkampf und Konkurrenzdruck durch eine Bewilligung des Gemeinderates für die anderen Gewerbetreibenden heranstehen wird, so müssen wir uns aber trotz alledem vergegenwärtigen, daß Entscheidungen in einer anderen Branchenordnung, auch über Großkaufhäuser, auch hier gefallen sind, auch nicht immer sofort in billigender, sondern in entsprechender diskutierender Weise. Es ist aber trotz alledem noch immer gelungen, die Wirtschaftlichkeit und damit aber auch die Suspektheit der Betriebe zu erhalten. Das veranlaßt uns, wenn auch bangendes Herzens, im Bezug auf das Schicksal dieser Wirtschaftstreibenden, die von Kollegen Steinmassl angeführt worden sind, und die uns allen - ich bin überzeugt, es waren nicht alle direkt damit betroffen - ein Schreiben geschickt haben - dem Antrag doch die Zustimmung zu geben.
Ich darf aber einige Dinge noch hinzufügen. Es wird sicherlich stimmen - ich bin in dem Fall allerdings weniger Fachmann als Kollege Steinmassl, der davon direkt

betroffen ist – daß die angebotene Arbeitsplatzzahl von 150 nicht den Tatsachen entsprechen wird, auch im Bezug auf das Aufsaugen aus den mittelbar oder unmittelbar betroffenen Geschäften. Hier, meine Damen und Herren, müssen wir uns eigentlich alle selber an der Nase packen. Wir haben auch einmal einen weitreichenden Beschluß gefaßt, der der Stadt entsprechendes Geld kostete, um im Endausbau 1800 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Meine Damen und Herren, wir sind mit der Realität konfrontiert. Auch das werden nicht 1800 neue, zusätzliche Arbeitsplätze sein, sondern auch das wird eine Verlagerung, eine Umschichtung aus den Steyr-Werken zu BMW-Motorenwerk bedeuten. Es wird auch hier so sein und ich zweifle die Zahl 150 auch insofern an, ob es überhaupt von der Konzeption dieses Betriebes her notwendig erscheint. Aber auch hier wird eine geringere Zahl von Arbeitsplätzen letztlich neu geschaffen werden.
Sehen Sie, meine Damen und Herren, es kommt eigentlich noch etwas dazu. Wir sind letztlich alle miteinander auch Kommunalpolitiker. Und gerade heute das Gelöbnis neuer Gemeinderäte hat und das Gelöbnis, das wir vor langer Zeit geleistet haben, wiederum in Erinnerung gerufen. Auch wir haben Bedacht zu nehmen auf die kommunalen Belange, Bedacht zu nehmen auch auf das gute Gedeihen unserer Gemeinde, unserer Stadt. Aus dieser Sicht heraus, meine Damen und Herren, – das war eine der Grundüberlegungen unserer Fraktion – kann man diesem Antrag, die mit dem Wortlaut nichts zu tun hat, aber wir kennen die Folgerung, nicht die Zustimmung verweigern. Der Hochbaubedarf in Steyr ist derzeit äußerst gering, das heißt also, die entsprechenden Betriebe und Firmen sind auf Arbeit angewiesen. Ein Investitionsvolumen von 150 Millionen rund ist nicht ein Betrag, über den man einfach hinweggehen kann. Das Versprechen Leiners, einen Fußgängerübergang dort in diesem Bereich zu bauen, mag nicht überbewertet werden, es ist sicherlich eine Morgengabe – wir sind da ehrlich, dies auszusprechen. Aber es wird dadurch der Stadt ein Investitionsbetrag von ungefähr 1,5 Millionen erspart. In diesem Zusammenhang muß ich auch hinzufügen, man kann nicht alles vorbehaltlos hinnehmen, daß eine Realisierung dieses Beschlusses heute Leiner veranlaßt, mit Brief und Siegel veranlaßt wird, – das ist kein Mißtrauen, das sage ich gleich dazu, sondern es ist die übliche Usance unter Vertragspartnern, verbindlich für den Bau dieses Fußgängerüberganges die Kosten zu tragen. Ich komme jetzt zu jenem Bereich, der ein Manko darstellt. Ich rede jetzt nicht von der zusätzlichen Fahr- bzw. Abbiegespur in der Seifentruhenumfahrung in diesem Bereich, die ja auch auf Betreiben bzw. auf Finanzierung des Werbers erfolgen soll. Wir kommen auch noch zu etwas anderem. Wenn nun dieser Bau errichtet werden wird, und ich bin auf Grund der bisherigen Meinungen dessen fast sicher, dann bedeutet ein Ja der Fraktion der Österr. Volkspartei dazu nicht ein vorbehaltloses Ja, für jede Form der Fassadengestaltung, für jede Form der Geschoßhöhe – vier Geschosse sind einmal so hoch und einmal so hoch, das wissen die Vertreter aus den einschlägigen Gewerbebereichen am besten – dann muß auch aus dem Grund der Stadtbildgestaltung in diesem Bereich, obwohl dort, auch das muß man sagen, schon einige Sünden geschehen sind. Aber Sünden werden nicht besser dadurch, daß man wieder neue begeht, sondern man sollte andere nicht mehr nachfolgen lassen. Dann muß also durch entsprechende Auflagen in diesem Bereich dafür Sorge getragen werden, daß ein Kompromiß geschaffen werden wird zwischen der nützbaren Verwendung dieses Areales bzw. Gebäudes einerseits und der städtebildpflegerischen Meinung andererseits.
Ein Wort sei mir noch gestattet zu den Bedenken, die jene Gewerbetreibenden geäußert haben, die sich an uns gewandt haben. Hier getraue ich mir zu erklären, daß leider oder Gott sei Dank, das ist eine Frage des Standpunktes, wie man dazu steht, andere Größenordnungen in den Geschäftsbereichen um sich greifen, daß sich Entwicklungen anbahnen, auch international gesehen, die in diesen Belangen nicht aufzuhalten sind, daß Entwicklungen sich anbahnen, die sicherlich verstärkten Konkurrenzkampf nach sich ziehen werden. Aber – hier teile ich die Auffassung meines Vorredners nicht – daß sich der Einzugsbereich dieses neuen Möbelhauses Leiner nur auf den Bereich der Stadt Steyr und unmittelbares Umland erstrecken wird, sondern daß es möglicherweise weiter gespannt werden wird, dadurch das Einzugsgebiet

vergrößert und letztlich aber auch jenes wirtschaftliche Sogdenken, daß andere wiederum davon leben müssen. Ich beziehe mich da auf die Aussage – hier kann man es ruhig nennen – als es dazumals darum ging, daß in der Ecke Pachergasse einerseits Hofer neu gemacht wurde und das damals befindliche Kaufhaus auf Befragen, ob es – verhindern hätten wir es nicht können – es wertvoll für sie wäre oder geschäftsbeeinträchtigend, erklärte, daß sie dadurch neue Kunden in ihrem Geschäftsbereich erhalten haben, ohne Reklame, ohne Werbung. Es wird sich sicher auch einpendeln dahingehend, daß es nach wie vor noch Käufer gibt, und deren sind es sehr viele, die nicht in einem Geschäft alles kaufen wollen, sondern daß sie eben zum Fachmann und in dem Falle zum Schmid und nicht zum Schmidl gehen. Wir können uns also auch denken und vorstellen, daß durch dieses neue Kaufhaus die davon jetzt scheinbar direkt betroffenen Sparten unter Umständen sogar – sicherlich durch eigenes Dazutun – einen geschäftlichen Erfolg, wenn auch nicht in dem horrenden Ausmaß wie sich das alle wünschen, sehen werden. Es ist aber eines und hier sei mir ein politischer Seitenhieb gestattet, gerade in der Jetztzeit – bewußt sage ich nicht den Ausdruck, wie er landläufig zu hören, zu lesen und zu sehen ist – ist es sehr schwierig für einen Privaten, überhaupt zu investieren. Die wirtschaftliche Kaufkraft, das wirtschaftliche Investitionsvermögen jedes einzelnen Gewerbetreibenden schwindet in der Zeit. Aber gerade aus dieser Sicht heraus muß man sagen, wenn sich jemand bereiterklärt, in dieser Größenordnung zu investieren, so ist erstens sein Betrieb auf gesunden Füßen stehend und zweitens soll man ihn nicht daran hindern.
Abschließend muß ich sagen, es gibt kein bedingtes und es gibt kein mit Vorbehalten ausgestattetes Ja. Wir können zu diesem Antrag die Zustimmung geben, allerdings mit jenen Einschränkungen, die legistisch möglich sind, was ich vorhin sagte im Bezug auf bauliche Gestaltung bzw. aber auch im Bezug auf die Durchführbarkeit. Wir hoffen alle miteinander, und hier kann ich wirklich völlig unvoreingenommen reden, daß diese Entscheidung für die Stadt Steyr, aber auch für die Bürger unserer Stadt, die kann man ja als Konsument aus den ganzen Überlegungen nicht ausschalten, doch ein Vorteil daraus werden würde.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nächster Sprecher ist Gemeinderat Mausz, dann Gemeinderat Treml und dann Leithenmayr.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich glaube, von meinen Vorrednern ist eines nicht richtig gewesen, nämlich das, daß der Gemeinderat nicht in der Lage wäre, den Bau zu verhindern. Ich bin überzeugt, wenn die Umwidmung auf 4 Geschosse nicht stattfindet, daß der Bau dadurch verhindert würde. Ich sage nicht, daß wir unbedingt das verhindern wollen, aber hier werden Argumente gebracht, die sehr einleuchtend sind. Das sind lauter Vermutungen und darum geht es uns, wir wollen nicht die Entscheidung auf Vermutungen stützen, daß das Einzugsgebiet groß genug istdaß es genügend Kunden gibt, daß die anderen das aushalten, darauf wollen wir uns in unseren Entscheidungen nicht verlassen. Wir hätten eben gerne Unterlagen gehabt an Hand einer Marktanalyse, das läßt sich ja heute Gott sei Dank alles feststellen. Mit solchem Material in der Hand kann man dann eine Entscheidung treffen. Wir aber sind auf Vermutungen angewiesen und sind daher nicht in der Lage hier zu entscheiden. Ich habe schon mehrere Punkte zuerst angeführt, was wir uns vorgestellt haben, um noch etwas Zeit zur Information zu haben und Aussprachen zu pflegen. Das ist in dem Fall abgelehnt worden, daher können wir diesem Antrag nicht zustimmen.
Dann möchte ich noch etwas sagen, Kollege Fritsch, daß das Landesgesetz hier nicht zuständig ist, das stimmt nicht ganz, sofern der Jurist in Linz, der mir die Auskunft gegeben hat, recht hat. Tischlereierzeugnisse fallen in die Kategorie 2, also ebenfalls unter die Nahversorgung. Daher ist auch von dorther noch etwas zu erwarten. Die Freiheitliche Fraktion wird diesen Antrag aus den angeführten Gründen ablehnen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nächster Sprecher ist Herr Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich sah mich vor einigen Tagen veranlaßt, anläßlich der Finanz- und Rechtsausschußsitzung einige sehr harte Fragen an Bürgermeister Weiss zu richten und möchte mir es ersparen zu wiederholen, wie Bürgermeister Weiss diese Fragen beantwortet hat. Dies hat weitgehend Kollege Fritsch kundgetan. Ich habe dort einige Bedenken geäußert, bin aber überzeugt davon, daß auf Grund der Arbeitsplatzsituation es für uns eine Verpflichtung sei, als Kommunalpolitiker dieser Stadt mitzuhelfen, neue Firmen und Branchen nach Steyr zu bringen. Wenn nun Bedenken geäußert werden von den 23 Steyrer Firmen, so nehme ich das nicht einfach so hin, sondern habe mir die Zeit genommen, a) daß ich im Finanz- und Rechtsausschuß dementsprechend aufgetreten bin und b) ersucht habe, einiges in Erfahrung zu bringen.
Meine Damen und Herren, wenn ich sage, von der Arbeitsplatzseite her, daß wir für die Errichtung dieses Möbelgroßkaufhauses ist, so ist mir als Kommunist voll bewußt, daß die Firma Leiner nicht aus Nächstenliebe nach Steyr kommt und sagt, in Steyr gibt es große Schwierigkeiten, wir bauen hier ein großes Möbelhaus, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Auch dieser Firma geht es darum, daß sie emtentsprechenden Profit erzielt, sonst würde man eine Investition von 150 Millionen Schilling hier nicht tätigen. Ich bin auch überzeugt, daß die Firma Leiner auf Grund ihrer Größe – ich glaube sie hat über 2.000 Beschäftigte in Österreich – nicht so leicht einen Standort wählt, wo sie nicht das mehrfach wieder zurückbekommt. Von dieser Warte aus muß man das betrachten. Ich habe mir das auch genau angeschaut, mit wem eigentlich die Firma Leiner Handel betreibt bzw. woher sie ihre Möbel bezieht. Und hier erhielt zumindest ich die Auskunft und mußte feststellen, daß der Anteil 70 % von österreichischen Firmen ist, Aus Scharnstein, aus Kärnten usw.. Das wirkt ja wiederum für die Sicherung der Arbeitsplätze, ob Sie es wollen oder nicht. Auf der anderen Seite, glaube ich, wissen wir gerade von der Möbelgroßfirma Braunsberger, daß sie nicht nur ein etwas mehr als 4 Stock hohes Möbelhaus betreibt, nicht nur in unserer Stadt. Auch hier hätte man viele architektonische Einwände machen müssen und wir haben das auch gemacht, besonders im Altstadtbereich, wo dieses Gebäude steht. Trotzdem glaube ich, waren alle im Bauausschuß dafür, daß diese einheimische Firma einen bestimmten Vorzug erhält. Die gleiche Großhandelsfirma unterhält ja Betriebe, Möbelhäuser, in Linz und Wels. Hier möchte ich eines zu Kollegen Steinmassl sagen, in beiden Städten, in Linz wie in Wels, existieren seit langer Zeit große Möbelhäuser und ein Greißlersterben in der gleichen Branche ist dort meines Wissens nach nicht eingetreten. Die Möbelfirmen sind trotzdem noch herausgeschossen in Linz genau so wie in Wels. Eine Tatsache an der können wir auch nicht vorbeigehen. Wir haben lange Zeit eine eigene Politik betrieben in diesem Gemeinderat in vieler Hinsicht. Wir standen immer wieder unter bestimmtem Druck von den großen Steyr-Werken, besonders in der Metallbranche, daß keine Betriebe ansässig werden. Damit hängt auch zusammen, daß so manche andere Firmen hier auch nicht den besten Standort gesehen haben. Wenn man die industrielle und gewerbliche Entwicklung von Wels vergleicht in den letzten 35 oder 40 Jahren , so sind wir weit zurückgeblieben. Auch die Großkaufhäuser in Steyr sind viel später errichtet worden. Das hat die Steyrer Bevölkerung oder die von Kleinraming gar nicht gekannt, denn nach Linz oder Wels sind sie nicht gefahren. Auch das muß man sehen. Sicher, durch einen solchen Großbetrieb in Steyr entsteht ein echter Wettbewerb. Von einem Konkurrenzkampf zu reden, das hört man nicht gerne in der freien Wirtschaft, der kommt ja von einer anderen Richtung. Ich würde sprechen von Wettbewerb und den halte ich an und für sich für sehr gut, weil er doch meiner Meinung nach, so weit ich die Erfahrung habe, auch preisbeeinflussend wirkt, um an die Steyrer Bevölkerung zu annehmbaren Preisen die Produkte absetzen zu können. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß, so wie Kollege Steinmassl meint, er hat

den sozialistischen Wirtschaftsverband hier vertreten – uns das zwingt, zu rationalisieren und das bedeutet in erster Linie, ich muß Leute hinausschmeißen. Er sagt das als Sozialist, wenn er von der ÖVP käme, wäre das vielleicht verständlich. Das ist brutal gesagt, ich glaube nicht, daß es so weit kommen wird, aber es zeigt, daß nicht in erster Linie die Sorge um den Arbeitsplatz auch bei Euch, bei den sozialistischen Wirtschaftstreibenden, ist und hier kein Unterschied zu anderen Wirtschaftsverbänden feststellbar ist. In Wirklichkeit geht es in dieser Richtung nicht darum, daß man Arbeitsplätze schafft, sondern daß man versucht besser zu leben und auch Gewinne zu machen. Denn das ist ja der Sinn und Zweck in der Wirtschaft, wenn ich einen Betrieb führe. Darüber brauchen wir uns hier nichts vorzumachen.
Ich glaube auch, daß es notwendig ist, baurechtlich können wir ja diesen Bau nicht verhindern mit Ausnahme der Aufzonung in diesem Gebiet auf 4 Stockwerke. Hier muß ich auch sagen, ich habe schon im Finanz- und Rechtsausschuß darauf hingewiesen, man muß, wenn wir heute den Beschluß fassen, unmittelbar im Stadtsenat oder mit dem Bürgermeister Verhandlungen pflegen, damit bestimmte Begünstigungen, die mündlich zugesagt wurden, auch schriftlich festgelegt werden. Hier muß man auch sehen, daß die Firma Leiner bereit ist, im Gegensatz zu fast allen anderen Firmen und Betrieben, die hier in Steyr ansässig wurden, daß sie bestimmte Konzessionen gegenüber der Stadt macht. Die Kollegin Kaltenbrunner ist heute nicht mehr hier, aber ihr sehnlichster Wunsch war gemeinsam mit mir, daß wir immer wieder eingetreten sind für einen Fußgängerübergang Azwangerstraße zur Taborschule. Das war nie möglich, wir haben zu wenig Geld. Hier sehe ich die Möglichkeit, daß doch 1,5 Millionen Schilling gegeben werden, um das Überqueren dieser stark befahrenen Stelle gefahrlos zu ermöglichen. Im Gegensatz dazu waren alle anderen Firmen gewillt, von uns sehr viel Geld zu verlangen zur Förderung. Auch Kollege Fritsch hat ganz kurz angedeutet, ich habe mich damals ja nur schweren Herzens entschieden für die großzügige Förderung bei BMW Steyr und ich habe damals schon festgehalten, daß nie diese Zahl herauskommen wird an Arbeitsplätzen. Bürgermeister Weiss hat ja heute aus bestimmten Gründen das nicht vorgelesen, was noch drinnen steht an Forderungen von seiten der Firma BMW, daß sie wahrscheinlich für den Ausfall – ich weiß es nicht und ich bin auch kein Hellseher, aber ich kann es mir vorstellen – versuchen wird, noch mehr Geld von uns zu bekommen. Nur dann werden sie den Ausbau des Betriebes durchführen, damit die Arbeitsplätze vermehrt werden. Besonders auf Grund dieser Situation werden sie das ausnützen.
Neben diesen Bedenken, die wir haben, wird es sicher zum Nutzen unserer Stadt sein, daß diese Firma gerade in dieser Situation hier diesen Betrieb errichtet und doch damit beiträgt, zumindest einen kleinen Beitrag leistet, um die prekäre Arbeitsplatzsituation vielleicht im kommenden Jahr etwas zu mildern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Herr Gemeinderat Leithenmayr bitte!

GEMEINDERAT HERMANN LEITHENMAYR:
Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Heute, als unser Herr Bürgermeister die Sitzung eingeleitet hat, hat er, wie beinahe immer in letzter Zeit, auch die beschäftigungssituation in unserem Arbeitsmarktverwaltungsbezirk einer Betrachtung unterzogen. Ich glaube, daß das auch sehr wichtig ist, in diesem Kreis darüber informiert zu sein und auch die Entscheidungen auf Grund dieser Berichte des Arbeitsamtes auszurichten. Er hat das vielleicht nicht so genau ausgeführt, falls das in dem Bericht des Arbeitsamtes steht. Aber er hat die Zahl genannt 1.233 Arbeitssuchende gibt es in unserem Arbeitsmarktverwaltungsbezirk. Die Zahl ist allein im letzten Monat um 20 % angestiegen. Gegenüber dem vergleichbaren Monat des Vorjahres ist sie sogar um 66 % angestiegen. Es gibt also 1.233 Arbeitssuchende und 96 offene Stellen. Das ist ein Verhältnis von etwa

1 : 12. Die arbeitssuchenden Stellen sind also auch rückläufig, gegenüber dem Vormonat um - 16 %, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um - 52 %. Die Lage wird als schwierig bezeichnet unter dem Einfluß der vorherrschenden Rezession und es wird auch nicht erwartet, daß in nächster Zeit eine Besserung eintritt. Unter diesem Aspekt müssen wir auch die in Rede stehende Problematik betrachten. Das ist ein Bericht, der über die Vergangenheit Aufschluß gibt. Wir können aber auch schon ein wenig in die Zukunft blicken. Die Metall- und Bauwirtschaft sind am stärksten betroffen und die Betriebsratsobmänner der Baufirmen sind jetzt schon darüber informiert, daß weitere Abbaumaßnahmen bei einigen Firmen vor der Tür stehen. Vom Arbeitsamt kann man erfahren, daß die Saison kürzer war als in den vergangenen Jahren und bereits im August ein Abflauen verzeichnet werden mußte. Dazu kommt noch, wenn man die Zahlen oberösterreichisch betrachtet, daß wir auf dem von uns allen gefürchteten Sektor der Jugendarbeitslosigkeit auch einen sehr schlechten Platz haben unter den oberösterreichischen Bezirken. Wir sind hinter Schärding auf dem schlechtesten Platz. Es sind ganz neue Zahlen, die hier vorliegen und diese veranlassen uns, dafür einzutreten, daß wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Bauarbeiter sind an mich in meiner Funktion als ÖGB-Bezirksobmann herangetreten, auch hier im Gemeinderat in dieser Frage ihre Position zu vertreten. Sie haben auch ein Schreiben an den Gemeinderat gerichtet, wo sie über ihre Schwierigkeiten berichten und ersuchen, alle Möglichkeiten aufzugreifen, um besonders im Hochbau eine Investitionstätigkeit einzuleiten. Ich glaube, daß die private Investition in einer Größenordnung von 150 Millionen Schilling sicherlich eine willkommene Investition für uns sein muß.
Ich möchte nicht auf die rechtlichen Fragen eingehen, die ja schon behandelt wurden, die Überlegungen der Geschäftsleute, die natürlich davon negativ betroffen sein können . Wir nehmen sicher diese Dinge nicht leicht, ich glaube, keiner hier im Gemeinderat wird das tun. Dennoch müssen wir davon ausgehen, daß wir, wie schon gesagt, in einer freien Marktwirtschaft leben und wir müssen diese Prinzipien bei solchen Entscheidungen auch akzeptieren. Es ist überall davon die Rede, daß ein Umstrukturierungsprozeß stattfinden muß, daß es zu Konzentrationen auf der ganzen Welt kommt. Diese Entwicklung werden wir nicht aufhalten können. Wir sehen das an den Welser Beispielen und auch in Linz wurde vor kurzer Zeit ein großes Möbel- und Einrichtungshaus eröffnet. Eine Entwicklung wie dort werden wir auch hier nicht verhindern können und ich glaube, daß wir sie unterstützen sollten. Es ist sicher für uns keine Frage und die sozialistische Fraktion wird dem vorliegenden Antrag zustimmen aus den Gründen, die aus den Ausführungen meiner Vorredner hervorgegangen sind. Ich ersuche aber auch die anderen Fraktionen, unter diesen Aspekten dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich möchte mir erlauben, in dieser Frage einige Erklärungen abzugeben, und zwar deswegen, weil ich der erste kontaktierte Vertreter der Stadt Steyr war, der mit diesem Problem befaßt wurde. Ich bitte Kollegen Fritsch, einstweilen den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um seine Ausführungen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren ich darf vorausschicken, daß Ihnen ja bekannt ist, daß es heute lediglich um eine rechtliche Voraussetzung geht, die naturgemäß auch andere Maßnahmen nach sich ziehen wird. Es wird aber nichts geschehen, was hier ohne Mitsprache von Gemeinderäten vor sich gehen kann, denn es wird, wenn die rechtlichen Voraussetzungen mit dieser Bausperre gegeben sind, das Möbelhaus Leiner das Projekt baurechtlich einreichen und vorlegen müssen. Mit der Vorlage

den sozialistischen Wirtschaftsverband hier vertreten - uns das zwingt, zu rationalisieren und das bedeutet in erster Linie, ich muß Leute hinausschmeißen. Er sagt das als Sozialist, wenn er von der ÖVP käme, wäre das vielleicht verständlich. Das ist brutal gesagt, ich glaube nicht, daß es so weit kommen wird, aber es zeigt, daß nicht in erster Linie die Sorge um den Arbeitsplatz auch bei Euch, bei den sozialistischen Wirtschaftstreibenden, ist und hier kein Unterschied zu anderen Wirtschaftsverbänden feststellbar ist. In Wirklichkeit geht es in dieser Richtung nicht darum, daß man Arbeitsplätze schafft, sondern daß man versucht besser zu leben und auch Gewinne zu machen. Denn das ist ja der Sinn und Zweck in der Wirtschaft, wenn ich einen Betrieb führe. Darüber brauchen wir uns hier nichts vorzumachen.
Ich glaube auch, daß es notwendig ist, baurechtlich können wir ja diesen Bau nicht verhindern mit Ausnahme der Aufzonung in diesem Gebiet auf 4 Stockwerke. Hier muß ich auch sagen, ich habe schon im Finanz- und Rechtsausschuß darauf hingewiesen, man muß, wenn wir heute den Beschluß fassen, unmittelbar im Stadtsenat oder mit dem Bürgermeister Verhandlungen pflegen, damit bestimmte Begünstigungen, die mündlich zugesagt wurden, auch schriftlich festgelegt werden. Hier muß man auch sehen, daß die Firma Leiner bereit ist, im Gegensatz zu fast allen anderen Firmen und Betrieben, die hier in Steyr ansässig wurden, daß sie bestimmte Konzessionen gegenüber der Stadt macht. Die Kollegin Kaltenbrunner ist heute nicht mehr hier, aber ihr sehnlichster Wunsch war gemeinsam mit mir, daß wir immer wieder eingetreten sind für einen Fußgängerübergang Azwangerstraße zur Taborschule. Das war nie möglich, wir haben zu wenig Geld. Hier sehe ich die Möglichkeit, daß doch 1,5 Millionen Schilling gegeben werden, um das Überqueren dieser stark befahrenen Stelle gefahrlos zu ermöglichen. Im Gegensatz dazu waren alle anderen Firmen gewillt, von uns sehr viel Geld zu verlangen zur Förderung. Auch Kollege Fritsch hat ganz kurz angedeutet, ich habe mich damals ja nur schweren Herzens entschieden für die großzügige Förderung bei BMW Steyr und ich habe damals schon festgehalten, daß nie diese Zahl herauskommen wird an Arbeitsplätzen. Bürgermeister Weiss hat ja heute aus bestimmten Gründen das nicht vorgelesen, was noch drinnen steht an Forderungen von seiten der Firma BMW, daß sie wahrscheinlich für den Ausfall - ich weiß es nicht und ich bin auch kein Hellseher, aber ich kann es mir vorstellen - versuchen wird, noch mehr Geld von uns zu bekommen. Nur dann werden sie den Ausbau des Betriebes durchführen, damit die Arbeitsplätze vermehrt werden. Besonders auf Grund dieser Situation werden sie das ausnützen.
Neben diesen Bedenken, die wir haben, wird es sicher zum Nutzen unserer Stadt sein, daß diese Firma gerade in dieser Situation hier diesen Betrieb errichtet und doch damit beiträgt, zumindest einen kleinen Beitrag leistet, um die prekäre Arbeitsplatzsituation vielleicht im kommenden Jahr etwas zu mildern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Herr Gemeinderat Leithenmayr bitte!

GEMEINDERAT HERMANN LEITHENMAYR:
Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Heute, als unser Herr Bürgermeister die Sitzung eingeleitet hat, hat er, wie beinahe immer in letzter Zeit, auch die beschäftigungssituation in unserem Arbeitsmarktverwaltungsbezirk einer Betrachtung unterzogen. Ich glaube, daß das auch sehr wichtig ist, in diesem Kreis darüber informiert zu sein und auch die Entscheidungen auf Grund dieser Berichte des Arbeitsamtes auszurichten. Er hat das vielleicht nicht so genau ausgeführt, falls das in dem Bericht des Arbeitsamtes steht. Aber er hat die Zahl genannt 1.233 Arbeitssuchende gibt es in unserem Arbeitsmarktverwaltungsbezirk. Die Zahl ist allein im letzten Monat um 20 % angestiegen. Gegenüber dem vergleichbaren Monat des Vorjahres ist sie sogar um 66 % angestiegen. Es gibt also 1.233 Arbeitssuchende und 96 offene Stellen. Das ist ein Verhältnis von etwa

1 : 12. Die arbeitssuchenden Stellen sind also auch rückläufig, gegenüber dem Vormonat um - 16 %, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um - 52 %. Die Lage wird als schwierig bezeichnet unter dem Einfluß der vorherrschenden Rezession und es wird auch nicht erwartet, daß in nächster Zeit eine Besserung eintritt. Unter diesem Aspekt müssen wir auch die in Rede stehende Problematik betrachten. Das ist ein Bericht, der über die Vergangenheit Aufschluß gibt. Wir können aber auch schon ein wenig in die Zukunft blicken. Die Metall- und Bauwirtschaft sind am stärksten betroffen und die Betriebsratsobmänner der Baufirmen sind jetzt schon darüber informiert, daß weitere Abbaumaßnahmen bei einigen Firmen vor der Tür stehen. Vom Arbeitsamt kann man erfahren, daß die Saison kürzer war als in den vergangenen Jahren und bereits im August ein Abflauen verzeichnet werden mußte. Dazu kommt noch, wenn man die Zahlen oberösterreichisch betrachtet, daß wir auf dem von uns allen gefürchteten Sektor der Jugendarbeitslosigkeit auch einen sehr schlechten Platz haben unter den oberösterreichischen Bezirken. Wir sind hinter Schärding auf dem schlechtesten Platz. Es sind ganz neue Zahlen, die hier vorliegen und diese veranlassen uns, dafür einzutreten, daß wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Bauarbeiter sind an mich in meiner Funktion als ÖGB-Bezirksobmann herangetreten, auch hier im Gemeinderat in dieser Frage ihre Position zu vertreten. Sie haben auch ein Schreiben an den Gemeinderat gerichtet, wo sie über ihre Schwierigkeiten berichten und ersuchen, alle Möglichkeiten aufzugreifen, um besonders im Hochbau eine Investitionstätigkeit einzuleiten. Ich glaube, daß die private Investition in einer Größenordnung von 150 Millionen Schilling sicherlich eine willkommene Investition für uns sein muß.
Ich möchte nicht auf die rechtlichen Fragen eingehen, die ja schon behandelt wurden, die Überlegungen der Geschäftsleute, die natürlich davon negativ betroffen sein können . Wir nehmen sicher diese Dinge nicht leicht, ich glaube, keiner hier im Gemeinderat wird das tun: Dennoch müssen wir davon ausgehen, daß wir, wie schon gesagt, in einer freien Marktwirtschaft leben und wir müssen diese Prinzipien bei solchen Entscheidungen auch akzeptieren. Es ist überall davon die Rede, daß ein Umstrukturierungsprozeß stattfinden muß, daß es zu Konzentrationen auf der ganzen Welt kommt. Diese Entwicklung werden wir nicht aufhalten können. Wir sehen das an den Welser Beispielen und auch in Linz wurde vor kurzer Zeit ein großes Möbel- und Einrichtungshaus eröffnet. Eine Entwicklung wie dort werden wir auch hier nicht verhindern können und ich glaube, daß wir sie unterstützen sollten. Es ist sicher für uns keine Frage und die sozialistische Fraktion wird dem vorliegenden Antrag zustimmen aus den Gründen, die aus den Ausführungen meiner Vorredner hervorgegangen sind. Ich ersuche aber auch die anderen Fraktionen, unter diesen Aspekten dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich möchte mir erlauben, in dieser Frage einige Erklärungen abzugeben, und zwar deswegen, weil ich der erste kontaktierte Vertreter der Stadt Steyr war, der mit diesem Problem befaßt wurde. Ich bitte Kollegen Fritsch, einstweilen den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um seine Ausführungen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren ich darf vorausschicken, daß Ihnen ja bekannt ist, daß es heute lediglich um eine rechtliche Voraussetzung geht, die naturgemäß auch andere Maßnahmen nach sich ziehen wird. Es wird aber nichts geschehen, was hier ohne Mitsprache von Gemeinderäten vor sich gehen kann, denn es wird, wenn die rechtlichen Voraussetzungen mit dieser Bausperre gegeben sind, das Möbelhaus Leiner das Projekt baurechtlich einreichen und vorlegen müssen. Mit der Vorlage

dieses Projektes muß sich sowohl der Präsidial-Planungsausschuß beschäftigen als auch in der Folge der Bauausschuß deswegen, weil eine Ausnahmegenehmigung erforderlich ist. Diese kann aber nur dann gegeben werden, wenn die Bausperre, wie sie heute beantragt ist, zunächst einmal erfüllt wird. Damit hier keine falschen Illusionen entstehen, hier geht es ganz sachlich zu und der Gemeinderat wird durch die zuständigen Gremien weiterhin mit diesem Projekt befaßt. Am 21. September hat nach einem kurzen Telefonat mit Herrn Leiner ein Gespräch stattgefunden, bei dem ich erwartet habe, daß der Herr Leiner persönlich erscheint, um ein Vorgespräch zu führen. Es sind sowohl seine Gattin als auch der Schwiegersohn, der in der Gesellschaft mitbeteiligt ist, und der Geschäftsführer und Bauarchitekt usw., insgesamt 7 Personen, gekommen. Es wurde dabei im Detail erklärt, was die Firma beabsichtigt und ich kann nur das wiedergeben, das möchte ich ausdrücklich betonen, ich habe dazu keine eigene Auslegung, was die Vertreter der Firma Leiner den Vertretern der Stadt Steyr - außer meiner Person waren das der Herr Magistratsdirektor und der Herr Baudirektor - vorgelegt haben. Vorgelegt wurde die Absicht, in Steyr ein Möbel- und Einrichtungshaus zu errichten, und zwar das elfte in Österreich. Es existieren derzeit schon 10 in Österreich und auch die Kette Kika ist ein Nebenprodukt der Firma Leiner mit 8 Möbelhäusern in Österreich. Die Zahl von 2000 Beschäftigten wurde ja schon genannt. Es wurde bekanntgegeben, daß das Projekt in der Gesamtheit einen Umfang von 150 Millionen Schilling Investitionskosten erfordert und auf meine Frage der Herr Leiner erklärt hat, er ist mit dem Projekt ausfinanziert und ist auch in der Lage und bereit, mit der Investition zu beginnen, wen der Gemeinderat der Stadt Steyr die nötigen Voraussetzungen geschaffen hat. Es wurde nie von 160 Arbeitsplätzen gesprochen, es war von Beginn an die Rede, daß die Arbeitsplatzzahl zwischen 100 und 150 liegen wird. Die Tatsache, daß Herr Leiner erklärt hat, er möchte nicht wie in Wels auf drei Etappen im Laufe der Jahre das Haus ausbauen, sondern ein komplettes Projekt erstellen und das Einrichtungshaus in der Gesamtkonzeption bauen, weil es sowohl dem Haus als auch der Bauwirtschaft vielleicht dienlicher ist. Es ist auch von ihm der Wunsch geäußert worden, eine teilweise viergeschossige Bebauung zu ermöglichen.
Kollege Fritsch hat schon gesagt, jeder Betrieb könnte sich auf diesem Grundstück ansiedeln. Es könnte genau so gut eine Schmiede sein, es könnte ein Schlosserbetrieb sein, es könnte jeder andere Produktionsbetrieb sein in allernächster Nähe der Wohnhäuser. Wobei dieses uns vorgelegte, skizzenhaft präsentierte Projekt vorsieht, einen Abstand von 28 m von Hausfläche zu Hausfläche, von der zweigeschossigen Verbauung zu den Wohnhäusern der Ersten Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft und einen Abstand von 52 m von der viergeschossigen Verbauung zu den nächsten Wohnungen einzuhalten. Der Umstand mit dem Übergang wurde im Gespräch von uns eingeworfen und auch akzeptiert, sofern hier die nötigen Vorentscheidungen getroffen werden. Soweit zum Projekt, damit man das einigermaßen abschätzen kann, was hier geschehen soll.
Jedes Gemeinderatsmitglied war oder ist Kundschaft irgend eines Möbel- oder Einrichtungshauses von Steyr. Ich glaube kaum, daß jemand unter uns ist, der nicht schon in Steyr für seinen Wohnungsbedarf etwas gekauft hat, einer mehr, der andere weniger. Es existieren hier auch durchaus persönliche Bekanntschaften und Freundschaften zu den Inhabern der verschiedenen Firmen, so daß es vom menschlichen Standpunkt her gesehen natürlich ist, wenn man sich hier Gedanken macht, ob es dem einen schadet oder dem anderen hilft. Dem gegenüber aber steht die Pflicht des Gemeinderates, die kommunalen Zusammenhänge übergeordnet zu betrachten und diese übergeordnete Betrachtung gipfelt nun einmal - ich sage das jetzt bewußt - in Zeiten wie diesen, daß man hier Projekte, die die Aussicht geben - ich sage ausdrücklich die Aussicht, weil ich nur von der Information ausgehen kann, die ich besitze - 150 Millionen Schilling im Bau- bzw. Baunebengewerbe einsetzen zu können, ein enorm wichtiger Faktor, wenn auch nur für vorübergehende Zeit, ist. Man muß dabei auch berücksichtigen, daß alle Aussagen, die ich hier wiedergebe, das sind, was ich gehört habe, wogegen die Aussagen von Ihnen, Kollege Mausz, wirklich nur

Vermutungen sind. Sie unterstellen uns Vermutungen. Wir geben das wieder, was wir gehört haben und Sie stellen Vermutungen an. Das ist Ihr gutes Recht ...

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Ich habe nichts vermutet, ich habe Forderungen gestellt!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Das Recht steht jedem Gemeinderat zu.
Meine Damen und Herren, eines steht in diesem Zusammenhang auch fest. Wir haben uns schon oft über wirtschaftliche Probleme in unserer Stadt auch in besseren Zeiten unterhalten und entsprechende Entscheidungen getroffen. Eines steht fest, daß wir nicht stellvertretend für Firmenführungen, für Betriebsführungen einsteigen können in die Verantwortung, weil wir dazu weder berufen sind noch die Sachkenntnis besitzen, um auf solche Entwicklungen regieren zu können. Wir haben die globalen Dinge im Auge zu behalten. Erinnern Sie sich, es liegt noch gar nicht so viele Jahre zurück, da war Wels beträchtlich kleiner als Steyr. Wels hat gerade dieser mittelständischen Entwicklung großes Augenmerk beigemessen, begünstigt vom Flächenangebot, begünstigt von der Struktur der Stadt, von den Verkehrsverhältnissen und von verschiedenen anderen Umständen. Steyr wollte man partout auf Grund eines wissenschaftlichen Gutachtens zur Schlafstadt erklären. Wenn Sie überlegen, daß Wels heute 51.000 Einwohner besitzt, ohne Großindustrie, und wenn Sie überlegen, daß Steyr von 1971 bis 1981, in einer Zeit, wo eine überaus gute Vollbeschäftigung bestanden hat, um 1.800 Einwohner weniger geworden ist, dann läßt dies auch die Überlegung zu, daß hier strukturmäßig doch nicht alle Voraussetzungen gegeben sind, die sich der Einzelne erwartet. Ich weiß, daß da verschiedene Dinge maßgebend sind, nicht nur die Ansiedlung eines Möbelhauses oder Einrichtungshauses. Der Wille zum Eigenheim und verschiedene andere Dinge sind dabei maßgebend. Aber das muß man jedenfalls mit in die Überlegung miteinbeziehen. Ich glaube kaum, daß wir in der Lage sein werden, eine Investition in dieser Größenordnung, in der Hoffnung auf die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze - auch wenn es nicht 150 sind, allein eine Umschichtung ist heutzutage viel wert, wenn Arbeitsplätze gehalten werden - abzulehnen. Wir sehen das jetzt ja an der derzeitigen Situation in den Steyr-Werken. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir uns diesem Projekt nicht verschließen, wobei es darauf ankommt, wie es im Detail aussehen wird. Das wird noch zu entscheiden sein. Mit der heutigen Beschlußfassung wird keineswegs das Projekt selbst in seiner Ausführung beschlossen.
Es ist ein Irrtum zu glauben, daß heutzutage eine Umschichtung der Arbeitsplätze von den Steyr-Werken zu BMW stattfindet, das trifft überhaupt nicht zu, denn die Produktpalette ist grundverschieden. Wenn eine Umschichtung eintritt, dann hoffentlich nur so, daß Plätze, die in den Steyr-Werken nicht mehr besetzt werden können, vielleicht umgelegt werden zu BMW durch eine Zunahme des Personalstandes.
Letztlich dürfen wir nicht vergessen, der Fortbestand und die Entwicklung in unserer Stadt können jedenfalls nicht durch Verbote oder durch Verhinderung von Entwicklungen gewährleistet werden. Das muß uns doch allen klar sein.
Ich darf Ihnen dazu noch einige Daten sagen. Ich war diese Woche bei BMW, beim Vorsitzenden Dr. Büchelhofer. Ich bin ermächtigt über diese Dinge hier zu sprechen. Durch den Ausstieg von Steyr-Daimler-Puch aus BMW sind 40 % der Kapazitäts-Produktionsfläche frei und ungenützt. Nun gibt es sieben Varianten dieser Nutzung, wobei die, die am wenigsten Arbeitsplätze schafft, eine Lagerfläche ist, und die, die am meisten Arbeitsplätze schafft, erfordert eine Investitionssumme von nahezu 3 Milliarden erfordert. Erst dann, wenn das gelingt - es ist der Bund bereit, das Land Oberösterreich ziert sich sehr hier Beiträge zu leisten. Uns als Steyrer wäre natürlich die teuerste Variante die liebste, weil sie die meisten Arbeitsplätze bringt. BMW produzierte bereits im September 85 Motoren im Monat, die Zahl steigt heuer im Dezember noch auf 140 und wird Dezember 1983 500 Stück betragen. Ich sage das deswegen, damit Sie auch wissen, im Zusammenhang mit der Aussage Leitenmayrs,

wie sehr sich unsere Entscheidung von damals auf heute umlegt. Der Ausstoß 1983 wird insgesamt 60.000 Motoren betragen nach der Planung und im Sommer geht man bereits auf den Zweischicht-Betrieb über. Die Einkaufsmengen, die BMW im Jahre 1980 getroffen hat, betragen 342 Millionen, davon bleiben im Bundesland Oberösterreich 310 MillionenIm Jahre 1981, also voriges Jahr, war die Einkaufssumme 539 Millionen, davon 485 Millionen oder 86 % aus dem Bundesland Oberösterreich. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn Sie diese Dinge vergleichen und dazu erkennbar wird, wenn ein Vollausbau in der höchstmöglichen Form sich ergibt am Personalstand, anstelle von 1.100 also 1.800 Beschäftigte betragen wird können im Jahre 1985, dann muß uns die damalige Entscheidung viel wert sein, auch im Vergleich zur heutigen Maßnahme, die hier in die Arbeitsplatzentwicklung mit hineinspielt.
Ich möchte mir weitere Details über dieses BMW-Projekt ersparen, weil das nicht Gegenstand des heutigen Antrages sind. Aber im Zusammenhang mit der Erhaltung, der Sicherung oder der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, muß man das als Gesamtheit betrachten.
Abschließend möchte ich sagen, daß von der Firma Leiner noch etwas gesagt wurde, was heute nicht ausgesprochen wurde. Beim Bau aller 10 Einkaufshäuser hat die Firma Leiner laut ihrer Erklärung 90 % der Investitionskosten am Ort gelassen. Das würde für uns enorm viel bedeuten in der heutigen Zeit und außerdem wurde uns zugesichert, verbindlich zugesichert, daß die Steyrer Firmen, die bei der Anbotstellung eingeladen werden , auch die Möglichkeit haben, im Verhandlungsweg unter Umständen sich ihre Position zu sichern. Das ist weiter über das hinaus, was bisher bei derartigen Projekten angeboten oder verhandelt worden ist. Ich glaube, daß man frei von Emotionen sagen muß, sicherlich wird es eine Konkurrenz für die heimischen Firmen geben das steht außer Streit, sicherlich wird ein solches Einrichtungshaus eine Ausstreuung weit über die Grenzen der Stadt hinaus erreichen und sicher ist auch, daß hier viel Geld in Steyr allein durch die Investition verbleibt. Von diesen Gesichtspunkten aus sollten Sie das Gesamtprojekt beurteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag. Ich frage, ob noch jemand zu diesem Tagesordnungspunkt zu sprechen wünscht? Der Berichterstatter hat sich zum Schlußwort gemeldet. Ich übergebe damit wieder den Vorsitz an Herrn Bürgermeister.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ein paar Bemerkungen zum Inhalt der bisherigen Diskussion. Kollege Mausz, ich kann Dich beruhigen, die Ausführungen des Kollegen Fritsch bezüglich der Zuständigkeit des Raumordnungsgesetzes waren voll und ganz richtig. Ich habe mich selbst vorher erkundigt, sowohl hier im Haus als auch bei maßgebender Stelle in Linz. In dem Augenblick, wo die Fläche mit G gewidmet ist, gibt es keine Bedarfsprüfung nach dem Raumordnungsgesetz. Das bitte dazu.
Es geht sowohl die Gewerkschaft Bau-Holz, als auch - Herr Kollege Leithenmayr hat mit Recht auf die Arbeitsplatzsituation hingewiesen in Steyr und mit Recht gefordert, daß hier selbstverständlich das Baugewerbe entsprechend beschäftigt werden soll beim Neubau Leiner etc. Ich mache jetzt bewußt eine, glaube ich, sehr drastische Aussage: Niemand von Ihnen hat bedacht, daß bei diesem Bau, wo von einer Investitionssumme von 150 Millionen die Rede ist, kein einziger Bauarbeiter beschäftigt würde. Im wahrsten Sinne des Wortes, kein einziger Bauarbeiter, sondern es kommt nur das Baunebengewerbe zum Zuge. Ich habe mir die Mühe gemacht und den Aktenvermerk , den der Herr Bürgermeister zitiert hat, vom 21. 9. über die Aussprache mit den Vertretern der Firma Leiner, durchgelesen. Da finde ich unter Punkt 6 wörtlich folgendes: Kommerzialrat Leiner sicherte im Falle von Genehmigungen den sofortigen Baubeginn zu, wobei ausdrücklich festgehalten wird,

heimische Firmen aus dem Baunebengewerbe einzuladen und außerdem, falls sie nicht Bestbieter sein sollten, ein Einstiegsrecht – auch das wurde von Herrn Bürgermeister schon gesagt – zum Bestbieterpreis erhalten. Bei der Präzision der Abfassung solcher Berichte durch Herrn Magistratsdirektor Dr. Eder muß ich persönlich annehmen, daß es sich um keinen Schreibfehler handelt, sondern diese Vereinbarung bewußt so festgehalten wurde. Bedenken Sie bitte nochmals die Bedeutung, was ich Ihnen jetzt gesagt habe, kein einziger Bauarbeiter würde bei diesem Bau beschäftigt werden, sondern nur das Baunebengewerbe ist davon betroffen. Wenn man grob schätzt, daß dieser Bau bei einem Volumen von 150 Millionen der Bau allein 100 Millionen ausmachen würde , also für das Baunebengewerbe bleiben nur 50 Millionen. Sie wissen ja selbst, was das Baunebengewerbe ist. Das ist mir persönlich und meiner Fraktion zu wenig.
Ich darf daher Herrn Bürgermeister bitten, oder ich stelle die Forderung hiemit auf, mit der Firma Leiner nochmals dahingehend zu verhandeln, denn es ist sicherlich auffällig, daß bei den Anwesenden dieser Aussprache am 21. 9. aufscheint ein Baumeister Ing. Tomsitz, ein Architekt Baumeister Eberhard und Architekt Zöch. Ich vermute jetzt nur, Herr Bürgermeister, aber es soll nicht so sein, daß sich diese Herrschaften das unter sich ausmachen. Wenn schon von einem Investitionsvolumen von 150 Millionen Schilling die Rede ist, das Steyr verbleiben soll, oder an dem Steyr partizipieren soll, dann soll bitte das Gesamtvolumen ausgeschöpft werden und es soll das heimische Baugewerbe voll und ganz zur Anbotlegung eingeladen bzw. aufgefordert werden. Diese Bitte bzw. Forderung, Herr Bürgermeister, müssen wir stellen. Ich bitte um Entschuldigung, aber es ist mir halt aufgefallen, daß nur vom Baunebengewerbe die Rede war.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren, die Forderung kann man aufstellen und ich kann sie weitergeben. Ich werde aber dann auch klarerweise gerne versuchen, ein Gespräch mit Leiner einzuleiten, unter Beiziehung der verantwortlichen Referenten für Planung, für Bauwesen usw., damit die Gespräche direkt geführt werden können. Bei einem Projekt dieser Art ist anzunehmen, daß es sich weitestgehend um Fertigteilbauten handeln wird, soweit man das von den bisherigen Projekten solcher Art kennt. Sie haben dann die Möglichkeit, Kollege Wallner, dann selbst mit Leiner diese Forderung zu besprechen.
Danke. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Punkt. Wer ist gegen den Antrag? 2 Gegenstimmen – FPÖ-Fraktion. Enthaltungen? 2 Enthaltungen – GR Steinmassl, GR Lang. Der Antrag ist mit Mehrheit beschlossen.
Ich danke Kollegen Wallner. Nächster Berichterstatter ist Kollege Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Meine Herren Bürgermeister, Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen 5 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen.
Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Rohrsteg Münichholz und lautet:

9) Bau4-1647/80
Rohrsteg Münichholz; Wasserverband
"Region Steyr" – Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. 9. 1982 wird die der Stadt Steyr durch das Amt der OÖ. Landesregierung gewährte Bedarfszuweisung für die Errichtung des Rohrsteges Münichholz in Höhe von S 3,000.000,– an die Stadtwerke Steyr namens des Wasserverbandes "Region Steyr" in Form einer Kapitaleinlage für das Wasserwerk Steyr weitergeleitet.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 3,000.000,–– (drei Millionen)
werden bei VSt 5/8790/7591 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

Bürgermeister Franz Weiss verläßt um 16.20 den Sitzungssaal.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich ein Einwand? Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, daher konstatiere ich die einstimmige Annahme dieses Antrages. Ich bitte um den nächsten.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBEWGER:
Der nächste Antrag betrifft:

10) Ha-2556/82
Ansuchen des Fremdenverkehrsverbandes Steyr um
Gewährung der Subventionsrate für das 3. Quartel 1982
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA I vom 24. 9. 1982 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr eine Teilsubvention für das Jahr 1982 in Höhe von S 125.000,- gewährt. Von diesem Subventionsbetrag sind die zu refundierenden Personalkosten für das 3. Quartal für VB Göls Marie-Luise in der Höhe von S 75.554,96 einzubehalten.
Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 125.000,-- (einhundertfünfundzwanzigtausend)
bei VSt 1/7710/7570 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wie ich sehe, gibt es keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch keine zu verzeichnen, daher ist der Antrag beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Der dritte und letzte Antrag befaßt sich mit der Kanalanschlußgebühr bei der Gemeinn.Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch GesmbH. Der Antrag lautet:

11) Bau5-130/79
Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-
Puch GesmbH., Kanalanschlußgebühr.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. September 1982 wird der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch GesmbH eine Subvention zu den Kosten der Kanalanschlußgebühr in Höhe von S 536.100,- gewährt. Bei dieser Subvention wird die vom Gemeinderat beschlossene 20 %ige Kreditsperre nicht berücksichtigt, sodaß der volle Betrag zur Ausschüttung gelangt. Die S 536.100,- werden jedoch nicht bar an die Wohnungsgesellschaft ausbezahlt, sondern direkt auf deren Kanalanschlußgebührenkonto beim Magistrat der Stadt Steyr umgebucht.
Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 500.000,-- (Schilling fünfhunderttausend)
bei VSt 5/4890/7775 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 36.100,-- (sechsunddreißigtausendeinhundert)
bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Rücklangenentnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir bringen ihn zur Abstimmung. Wer dagegen ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand?

Stimmenthaltung? Auch einstimmige Annahme.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Der nächste Antrag lautet:

12) Bau3-1400/81
Straßenbau - Zufahrtsstraße Tierkörperverwertung, Weindl und Hajek.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 24. 9. 1982 wird der Auftrag zur Aspahltierung der Zufahrtsstraße von der Wolferner Landesstraße zur Tierkörperverwertung und Fa. Hajek an die Firma Arge Beer und Janischofsky, Steyr/Asphalt und Beton, Linz, zum Preis von S 436.500,- übertragen.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 436.500,-- (vierhundertsechsunddreißigtausendfünfhundert)
werden bei VSt 1/6120/6110 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Ist nicht erkennbar. Es enthält sich niemand der Stimme, es lehnt niemand ab, daher auch einstimmige Beschlußfassung bei diesem Antrag.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Der letzte Antrag lautet:

13) Bau3-1501/72
Baulos Märzenkellerumfahrung; Eisenstraße km 20,68 bis km 22,53;
Kostenbeitrag der Stadt Steyr; 3. Teilzahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 9. 1982 wird für das Straßenbauvorhaben Eisenstraße km 20,68 bis 22,53, Baulos 390280 "Märzenkeller" auf Grund des zwischen der Bundesstraßenverwaltung und der Stadt festgelegten Kostenaufteilungsschlüssels, wonach die Stadt 33 % der Gesamtbaukosten und 100 % der Kosten für die Neuherstellung bzw. Abänderung der Straßenbeleuchtung und der städtischen Versorgungsleitungen zu tragen hat, als dritte Teilzahlung auf den Gemeindeanteil der Betrag von
S 1,350.000,-- (eine Million dreihundertfünfzigtausend)
bei VSt 5/6100/7700 freigegeben.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Der Antrag steht zur Debatte. Ich sehe, daß dazu keine Wortmeldung vorliegt. Daher stelle ich die einstimmige Beschlußfassung fest. Ich danke dem Berichterstatter Kollegen Wippersberger.
Die Verhandlungsgegenstände der heutigen Sitzung wurden ordnungsgemäß abgeführt Wir kommen nun zum letzten Tagesordnunkgspunkt, zur " Aktuellen Stunde". Sie kennen die üblichen Usancen, in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen ist jeweils ein Thema zur Beratung bzw. Diskussion zu stellen. Die Aktuelle Stunde hat den Zeitraum von einer Stunde, wie aus dem Namen ersichtlich ist. Es ist jetzt 16.17 Uhr.
Ich frage nun in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen. SPÖ-Fraktion? Keinen Beitrag. Danke. ÖVP-Fraktion? Keinen Beitrag. Danke. Freiheitliche Fraktion? Keinen Beitrag. Danke. Kollege Treml? Er hat einen Beitrag, ich bitte darum.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Fritsch - die anderen Bürgermeister sind ja nicht anwesend, was mir sehr leid tut, weil das Thema, das ich anschneide, sicherlich sehr entscheidend ist für unsere Stadt und für die ganze Region. Bürgermeister Weiss hat ja in seiner Einleitung, in seinen Mitteilungen, zu Beginn der Sitzung besonders unterstrichen die prekäre wirtschaftliche Lage nicht nur der Stadt Steyr, sondern der Region. Auch Kollege Leithenmayr hat in einem anderen Beitrag besonders unterstrichen, daß heute eine Situation entstanden ist gegenüber dem Vorjahr zum gleichen Zeitpunkt, daß um 66 % mehr Arbeitslose in unserer Region aufscheinen. Dabei spielt mit eine Rolle die Kündigungen, die mit Deiner Stimme und der des Betriebsrates gefaßt wurden, die jetzt da mit hineingekommen sind. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die kapitalistische Wirtschaftskrise macht natürlich nicht an der Steyrer Stadtgrenze halt und natürlich auch nicht vor den Toren der Steyr-Werke. Der größte Betrieb in unserer Stadt, und ich möchte sagen in der Region, hat ja kürzlich 200 Arbeiter gekündigt und für Tausende Kurzarbeit eingeführt. Von den 7.500 Beschäftigten in Steyr und St. Valentin sind bereits seit Ende August an die 6.000 von Kurzarbeit betroffen. Nun steht eine Verlängerung und Ausweitung dieser Kurzarbeit im Hauptwerk bevor, vollkommen überraschend. Kollege Leithenmayr wird es sich sicher nicht entgehén lassen, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen, denn es war auch für ihn überraschend, er hat das auf einem Anschlag im Betrieb gelesen. Die Unternehménsleitung will für 5000 Arbeiter und jetzt auch Angestellte bis einschließlich April 1983 die Kurzarbeit ein- bzw. weiterführen. Danach würde die Arbeitszeit um durchschnittlich 1 Woche pro Monat reduziert. Gleichzeitig wurde angekündigt, man müsse auch gewährte Sozialleistungen überprüfen, das heißt mit anderen Worten, daß auch hier ein Abbau von Sozialleistungen bevorsteht. Von der Lage im Steyr-Werk hängt nicht nur die Existenz der Beschäftigten ab, sondern auch die wirtschaftliche Lebensgrundlage vieler Arbeiter- und Angestelltenfamilien, Geschäftsleute und Kleingewerbetreibender der Stadt und der gesamten Region. Dazu kann und darf meiner Meinung nach keine politische Partei des Steyrer Gemeinderates, kein Politiker schweigen und zusehen, wie die unternehmensleitung konzeptlos möchte ich sagen Maßnahmen setzt und den größten Betrieb in Steyr in eine prekäre Situation bringt.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Gehört das zur Stadt Steyr?

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Für Dich nicht, ich weiß, daß Dir das egal ist.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Haben wir darauf Einfluß?

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Die letzte Entwicklung der Steyr-Werke zeigt, daß die Militärwaffenproduktion mit ihrem 20 %igen Umsatzanteil, der verstärkte Kapitalexport und die Errichtung von Betrieben und Beteiligungen im Ausland wie in Nigerien, keineswegs zur größeren Sicherheit der Arbeitsplätze in Steyr führt. Wenn die derzeitigen SPÖ- und ÖVP-Manager der Steyr-Werke nicht in der Lage sind, ein Konzept für mittlere und langfristige Entwicklung des zweitgrößten österreichischen Betriebes vorzulegen, dann sollten sie ihre Funktion zurücklegen. Ich bin auch der Auffassung, daß die Steyr-Daimler-Puch, so wie dies bereits von einer großen Vertrauensmännerkonferenz der SPÖ- und KPÖ-Funktionäre im September 1945 verlangt wurde, daß sie verstaatlicht werden.
Meine Damen und Herren, ohne Zweifel gäbe es im Verbund der ÖIAG neue und bessere Möglichkeiten der Entwicklung, vor allem im Hinblick auf das technische know-how so wie auch für die Vermarktung der Steyrer Produkte. Dies könnte meiner Meinung nach und meiner Auffassung nach im Bereich der zivilen Produktion

vor allem auf dem Fahrzeugsektor, neue Perspektiven eröffnen und mehr Sicherheit gewähren. Neben dieser Entwicklung in den Steyr-Werken und der hohen Arbeitslosigkeit, die auch schon erwähnt wurde, kommt es im Bezirk Steyr zu einer bedrohlichen Jugendarbeitslosigkeit. Von den Schulabgängern, die im Sommer eine Lehre beginnen wollten, fanden 150 überhaupt keinen Lehrplatz. Insgesamt gibt es nach meiner Schätzung rund 300 jugendliche Arbeitslose in Steyr. Diese jungen Menschen, die nicht zuhause bleiben wollen, sondern die arbeiten wollen, hilft es nicht, wenn sie ständig auf von der SPÖ-Regierung Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung hören und dabei hoffnungslos auf eine Lehrstelle, auf einen Arbeitsplatz beim Arbeitsamt warten.
Daher glaube ich, darf es keinen Politiker wundern, wenn die Interesselosigkeit der Jugend zunimmt, der Alkohol- und Drogenkonsum sich erhöht und die Jugendkriminalität in unserer Stadt steigt. Wir Kommunalpolitiker, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, wie wir heute in diesem Raum sitzen, müssen auch die Forderungen der jungen Menschen, der Gewerkschaftsjugend, nach einem Lehrlingseinstellungsgesetz, einem Berufsbildungsfonds und Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, sowie die Schaffung von Lehrwerkstätten unterstützen.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Das sind doch keine Stadtangelegenheiten!

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Zum Beispiel, daß das BMW-Motorenwerk Steyr, mit einem derzeitigen Belegschaftsstand von rund 800 Beschäftigten, keinen einzigen Lehrling eingestellt hat oder beschäftigt und die Direktion ist auch nicht bereit, laut einem Gespräch, das ich dort führte mit dem Vorstand, in Zukunft auch nicht bereit, Lehrlinge auszubilden. Daher bin ich der Auffassung, daß die sozialistische Bundesregierung auch vom Gemeinderat aufgefordert wird, weil sie verpflichtet sind, die Forderungen der jungen Gewerkschafter mit ihrer absoluten Mehrheit endlich zu unterstützen. Man kann meiner Meinung nach die Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit auch in unserer Stadt nicht vom guten Willen der Unternehmer abhängig machen, sondern man muß eben gesetzliche Maßnahmen setzen. Da sind wir berechtigt und auch verfplichtet als Kommunalpolitiker, hier einzugreifen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Ich danke für den 7 1/2minütigen Beitrag, der sicher mittelbar mit dem Aufgabenbereich des Gemeinderates im Zusammenhang steht, aus der Sicht von Kollegen Treml natürlich ursächlich.
Nach den üblichen Usancen wird nun die Debatte eröffnet. Als Sprecher der sozialistischen Fraktion bitte ich Kollegen Leithenmayr.

GEMEINDERAT HERMANN LEITHENMAYR:
Werter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die Probleme, die Kollege Treml aufgegriffen hat, sind natürlich äußerst schwerwiegend und ich pflichte ihm in einer Ausführung völlig bei, daß das den Gemeinderat der Stadt Steyr sehr wohl interessieren muß, was in diesem Betrieb, der immerhin eine Gehalte- und Lohnsumme von 2,3 Milliarden Schilling im Jahr hat, vor sich geht. Sollte irgend jemand der Auffassung sein, daß das keine Auswirkungen hat, dann glaube ich, hat er sich mit der Wirtschaft und den Auswirkungen eines Ausbleibens nur von Anteilen dieser gewohnten Beträge noch nicht ausführlich beschäftigt. Es stimmt, daß etwas weniger als 200 Kündigungen durchgeführt wurden. Es läuft derzeit im Steyr-Werk eine Krisenplanung, ein Maßnahmenpaket, das wir in einer gewissen Voraussicht beschlossen und verabschiedet haben noch kurz vorher. Dieses Paket, hat unter anderem auch eine Kurzarbeit vorgesehen. Es sind bisher von insgesamt 6 vereinbarten Tagen, an denen nicht gearbeitet wird, bereits 5 Tage absolviert worden. Es kommt schon dadurch zu geringfügigen Ein-

kommensverlusten, die meines Erachtens nach zumutbar sind, weil die Kurzarbeitunterstützung bezahlt wird einerseits und andererseits aus einem Vorsorgefonds der Firma , der zur Hälfte von der Belegschaft selbst mit Anteilen aus der Treueprämie gespeist wurde und zum anderen Teil von der Firma und dadurch eine Ausgleichszahlung erfolgt. Im Prinzip wird der Lohnverlust etwa 5 % betragen. Allein aus dieser Entwicklung heraus kann man feststellen, wenn man mit den Gewerbetreibenden spricht, daß eine psychologische Schwelle aufgebaut wurde und daß sich die Leute zum Teil nicht einmal mehr Bekleidung kaufen, von Sportartikeln oder Dingen des gehobenen Konsums ganz zu schweigen. Daher sieht man die drastischen Auswirkungen, die wir vorfinden.
Nun ist diese Vereinbarung, von der ich gesprochen habe, zwei Monate alt und wir wurden vergangene Woche vom Personalchef informiert, daß eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation feststellbar ist. Am Inlandsmarkt ist zum Beispiel beim Lkw der Gesamtmarkt um rund 45 % in drei Jahren geschrumpft. Wir haben zwar etwas bessere Marktanteile als Steyr-Daimler-Puch erreichen können, aber wenn der Gesamtmarkt schrumpft, gibt es allgemeine Probleme, weil die absoluten Verkaufsziffern sinken. Vor allen Dingen kommt es zu keinen Abschlüssen im Bereich unseres Hauptmarktes Nigerien, daß nach Polen nichts verkauft werden kann, ist jedem klar. Wir konnten von 700 vereinbarten und vertraglich abgesicherten Fahrzeugen nur 57 ausliefern für 1981, heuer wird es gar nichts werden. Das sind Fakten, mit denen wir uns zu beschäftigen haben und die sehr unangenehm sind.
Es wurde jetzt von der Firma vorgeschlagen, dieser schwierigen Situation, dem Personalüberhang, der aus der Absatzkrise resultiert, zu begegnen. Die Firmenvorstellungen gehen in die Richtung, daß ab November bis März an 26 Tagen nicht gearbeitet werden soll. Das ist auf Arbeitstage umgelegt 1 1/2 Monate, wo nicht gearbeitet werden soll. Es hat aber in dieser Frage noch keinerlei Vereinbarung mit dem Betriebsrat gegeben, sondern lediglich diese Information und wir werden mit dem Vorstand in den nächsten Tagen in Verhandlungen treten. Es ist auch richtig, daß man daran denkt, Sozialleistungen zu kürzen. Man denkt laut Ausführungen des Personalchefs nicht an essentielle Kürzungen, gemeint ist damit der Firmenpensionszuschuß und Krankenversicherungsleistungen, aber immerhin ist auch für uns essentiell die gewohnte Weihnachtsfeier für die Pensionisten, die jahrelang gewohnten Aktionen, die wir für unsere Belegschaftsmitglieder in der Form durchgeführt haben, daß wir ihnen einen günstigen Urlaub ermöglicht haben. Ich wage hier zu behaupten, daß sicher tausende Steyrer noch nicht an das Meer oder in einen schönen Urlaubsort gekommen wären, hätte der Betriebsrat das nicht seit Jahrzehnten gepflogen und auch verfolgt. Zu diesem Thema wird es Verhandlungen geben.
Wundern darf es uns nicht, daß wir in Schwierigkeiten geraten, weil letzten Endes gerade ein Bereich, der sehr umstritten ist, die Waffenproduktion, die Erträge in der letzten Zeit gebracht hat. Es stimmt nicht, was Kollege Treml gesagt hat, 20 % Umsatzanteil, es waren in den letzten Jahren immer zwischen 10 und 15 %. Im letzten Jahr ist dieser Prozentsatz ausgefallen, man kommt auch beim Ertrag in große Schwierigkeiten.
Ausblickend muß ich noch sagen ....

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist ein Problem, Herr Kollege Leithenmayr, wenn Sie mir einen Zwischenruf gestatten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Gestatten muß den Zwischenruf ich!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist ein Problem, wenn so viele eigene Leute dagegen sind. Ich bin auch gewerkschaftlich orientiert, aber das muß gesagt werden.

GEMEINDERAT HERMANN LEITHENMAYR:
Ich will nicht bestreiten, daß das Schwierigkeiten sind, aber jedenfalls werden jetzt die Konsequenzen präsentiert, mit denen wir zu raufen haben und wobei uns kaum jemand helfen kann.
Reden tun viele - helfen tut niemand! Das stellen wir in dieser Situation ganz eindeutig fest. Es soll eine Umstruktierung der Zivilprodukte erfolgen gemäß einer Planung, die bei der Firma vorliegt, bis zum Jahre 1990 ist ein zweistelliger Milliardenaufwand erforderlich, der mit den zivilen Produkten halt nicht verdient werden kann. Wir werden uns in den nächsten Tagen sehr eingehend mit dieser äußerst schwierigen Materie, die ich als die schwierigste der Nachkriegszeit bezeichnen möchte, befassen und uns mit dem Vorstand auseinandersetzen. Es wird auf keinen Fall zu einfachen Verhandlungen kommen und es wird auch nicht möglich sein, Belastungen zu vermeiden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Nächster Sprecher ist Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Sicherlich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, haben wir schon Diskussionen in diesem Raum geführt, die unerfreulich waren. Wir haben ab und zu Diskussionen führen können, die im Interesse der Stadt sehr fruchtbringend waren, aber vor einem so gravierenden Thema wie diesem, sind wir zumindest ich in der Gemeinde bin, noch nicht gestanden. Die Bedeutsamkeit dieses Themas ist schon deutlich genug geworden. Wir alle in dieser Gemeinde wissen die große Anzahl der Beschäftigten, die in der Steyr-Daimler-Puch AG ihren Arbeitsplatz finden. Daß das natürlich Auswirkungen hat auf die Wirtschaft der gesamten Stadt, wenn es in der Steyr-Daimler-Puch AG eine Krise gibt, kann beileibe niemand mehr wegdiskutieren. Das ist uns allen bekannt. Ich möchte mich an die Worte des Kollegen Leithenmayr anschließen. Helfen kann hier herinnen direkt keiner, direkt mit Gemeindemaßnahmen, denn der Kapitalbedarf dieses Werkes übersteigt zweifellos die Möglichkeiten, die sich der Stadtgemeinde Steyr bieten, selbst wenn an eine Bezuschussung gedacht wäre. Dann ist das etwas einseitig dargestellt worden, es scheint mir, daß es sich in den Steyr-Werken nicht um eine Krise des Unternehmens abgesondert von allem anderen handelt, sondern ich glaube, es hieße den Kopf in den Sand zu stecken, wenn man nicht zur Kenntnis nehmen wollte, daß wir uns weltweit in einer Krise befinden. Ich lege die Betonung stark auf weltweit, denn gerade in den letzten Tagen hat man staunend sehen müssen, daß auch in dem von Dir, Otto, so bejubelten Ostblock, die Krisen auch nicht allzu wenig sind , sonst denke ich, würde auch Jugoslawien die Ausreise seiner Bürger mit beispiellosen Maßnahmen reglementieren. Sonst denke ich, wären nicht die wirtschaftlichen Unruhen, und es sind doch wirtschaftliche Unruhen, die die Gewerkschafter in Polen so aufbringen und auch zurecht aufbringen. Wenn die Welt nur im Westen unheil und im Osten heil wäre, dann wäre Dein Beitrag sinnvoll gewesen, daß es eine kapitalistische Krise wäre.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Dann vergleiche die Arbeitslosen zwischen Westen und Osten!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Ich bin also jetzt nicht bereit, Deine Arbeitslosenstatistik anzuhören aus einem staatswirtschaftlichen System. Du Otto, hast angefangen mit der kapitalistischen Krise und das scheint mir etwas weit vorbei an den Problemen der Stadt. Was wir als demokratische Partei in diesem demokratischen Land machen müssen, das ist, die Parteien, die uns im Interesse unserer Bürger in diesen Gemeinderat entsendet haben, nachdrücklich aufzufordern, daß sie den Steyr-Werken die Unterstützung geben, die diese Werke in dieser kritischen Situation brauchen. Was wir brauchen - ich weiß,

daß es nicht sehr populär ist, das zu sagen, aber es ist einfach wahr und notwendig - ist so viel ehrliche Äußerung quer durch alle Parteien.
Daß die Waffenproduktion von den Steyr-Werken nicht wegzudenken ist, wird von uns Politikern niemand verlangen können, daß wir sagen, hurra, man muß die Waffenproduktion fördern, in einer Zeit, wo nicht nur im Westen, sondern insbesondere auch im Osten die Jugend nach Frieden ruft. Daß aber das Einstellen einer Waffenproduktion den Friede nicht notwendigerweise herbeiführt, diese Äußerung sollte man in der Öffentlichkeit auch einmal tun. Ich stehe nicht an, daß ich weiß, daß ich möglicherweise in den einen oder anderen Kreisen auch in meiner eigenen Partei, die sich sehr kritisch in Friedensrichtung äußerst völlig falsch verstanden werde. Das ist mein bescheidener Kommentar dazu, daß man Friedensbestreben völlig falsch versteht, wenn man damit glaubt, einen Wirtschaftsbetrieb zugrunde richten zu müssen und dabei wieder Unfrieden schafft. Ich glaube, wir sollten uns in tiefer Erschütterung an die schwierige Situation im Steyr-Werk orientieren und wir sollten tatsächlich uns vor Augen halten, daß die Krise noch längst nicht vorbei ist. Der sehr erstaunliche Krisenplan, der Stiegler-Plan, der an sich sehr beachtenswert ist, von einem Praktiker und von einem Wirtschaftswissenschafter erstellt, zahlreich positiv kommentiert, hat nur einen einzigen Nachteil. Den anerkennt der Wirtschaftswissenschafter selbst, daß er wohl kaum länger als 6 - 9 Monate zum Tragen kommen kann, denn dann sind die Ressourcen, die den ermöglichen, restlos erschöpft. Und dann, meine Damen und Herren in diesem Gemeinderat, werden wir uns alle miteinander die Frage stellen müssen, ist es gerechtfertigt zu rufen nach der Verstaatlichung dieses Werkes, wo man doch wieder staunend erlebt, daß die verstaatlichten Betriebe in diesem Staat Österreich die Betriebe sind, die am wirtschaftlichsten in der schlimmsten Krise stecken, wohingegen die privatwirtschaftlich geführten Betriebe doch noch relativ gut daran sind.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
6.600 Betriebe in Oberösterreich könnten nicht mehr existieren, wenn sie nicht vom Staat gefördert würden.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Ich weiß nicht, ob das eine Statistik aus der Prawda war....

Verschiedene Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich würde bitten, daß wir den Redner aussprechen lassen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Ich würde nur eine Bemerkung als wirklich notwendig erachten und darum mache ich sie auch. Die Steyr-Werke mit ihren vielen Beschäftigten haben einen dringenden Bedarf nach Bezuschussung und meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, da wende ich mich gerade an Sie. Mit Ihrem Konferenzzentrum, dem Mausoleum, pardon Brunoleum , werden viele Milliarden vergeudet, die hier in Steyr zum Wohl der Arbeitsplätze dringendst benötigt würden. Vielleicht nehmen Sie und Ihre Genossen in der Richtung Einfluß.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nächster Debattenredner ist Herr Gemeinderat Mausz.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Geschätzte Damen und Herren, ich komme nur kurz zur Verteidigung heraus,

weil ich einen Zwischenruf gemacht habe, daß das nicht im Wirkungsbereich der Stadt läge.
Herr Kollege Leithenmayr, ich glaube, das war eine böse Unterstellung, daß wir da nicht informiert sein wollen, oder daß uns das nicht interessiert. Ich habe einen Zwischenruf zur Geschäftsordnung gemacht. Wenn wir ganz ehrlich sind, können wir im Werk nichts bestimmen, daher liegt das nicht in unserem Wirkungsbereich. Mir ist es nur darum gegangen, daß das nicht im Wirkungsbereich der Stadt liegt. Daß das Thema sehr ernst ist und im Interesse der Stadt liegt, ist klar. Nur halte ich es nicht für richtig, daß die Aktuelle Stunde benützt wird, um als Betriebsratsobmann noch zusätzlich für die Presse zu sprechen. Das hat mich gestört.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Er hat für die Fraktion gesprochen.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:
Er hat in dem Fall als Betriebsratsobmann gesprochen, was alles unternommen wurde. Nur darum ist es mir gegangen. Daß die Sache sehr ernst ist , ist uns klar.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wir haben alle Fraktionen durch. Einen Referenten für Arbeitsplatzfragen in den Steyr-Werken gibt es nicht, daher wird dazu kein Beitrag mehr erfolgen. Eines möchte ich aber klarstellen. Wenn es sich um Fragen dieser Art handelt, dann ist zumindest informativ der Gemeinderat auf jeden Fall berechtigt, sich damit zu beschäftigen. Wir sind auch nicht in der Lage, im Gemeinderat Regierungsentscheidungen des Landes Oberösterreich oder der Bundesregierung zu beeinflussen, aber diskutieren können wir diese Entscheidungen sehr wohl. Daher glaube ich auch, daß wir diese Entscheidung sehr wohl behandeln kann in der Aktuellen Stunde.
Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bringe Ihnen zur Kenntnis, daß heute Beschlüsse gefaßt wurden, die von der Stadt Steyr einen Betrag von 13,640.000 Schilling erfordern.
Ich danke Ihnen für die Entscheidungen, wünsche den heute angeleobten und neu gewählten Stadträten viel Erfolg in der Tätigkeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.45 Uhr

DER VORSITZENDE:

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

DIE PROTOKOLLPRÜFER: